



Geschäftsführung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Frau Rieckborn

Telefon: (0221) 27467

Fax: (0221) 27447

E-Mail: Alexandra.Rieckborn@STADT-KOELN.DE

Datum: 12.07.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 27.05.2021, 15:30 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für die Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt

Beratende Mitglieder

Frau Nele Werrmann	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Frau Jutta Eggeling	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers	Auf Vorschlag der SPD
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag der CDU

Herr Markus Peters	Auf Vorschlag der CDU
Herr Benedikt Liefertz	Auf Vorschlag der FDP
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von Volt
Herr Jan Schlagenhaut	Auf Vorschlag von GUT
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Jörg Zeyßig	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Inge Linne	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V. in Vertretung von Herrn Johannes
Herr Frank Feles	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in Vertretung von Herrn Intveen

Ständige Gäste

Frau Alina-Toyah Schiller	Synagogen-Gemeinde Köln in Vertretung von Herrn Klapheck und Frau Puris mit Genehmigung des Ausschusses
---------------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas	Die PARTEI entschuldigt am 27.05.2021
Frau Monika Dierksmeier	auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	Auf Vorschlag der Grünen entschuldigt am 27.05.2021
Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD
Frau Lena Teschlade	Auf Vorschlag der SPD
Herr Taner Erdener	CDU Entschuldigt am 25.05.2021
Herr Klaus Roth	Auf Vorschlag der Linken Entschuldigt am 20.05.2021
Herr Markus Johannes	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V. Entschuldigt am 06.05.2021
Herr David Klapheck	Synagogengemeinde Köln Entschuldigt am 12.05.2021
Frau Aylin Yildirim	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Paul Intveen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Entschuldigt am 20.05.2021

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Eva-Maria Hefner	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband e.V.
-----------------------	-------------------------------------

Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Tatjana Puris	Synagogengemeinde Köln
Herr Wolfgang Schäfer	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrats
Frau Sophie Sängler	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren in der Wahlperiode 2020/2025 um 15:30 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Verwaltung, die Presse und die Besucher*innen.

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Beigeordneter Dr. Rau**, Dezernent für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen, **Frau Dr. Robinson**, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, **Frau Würker**, Geschäftsführerin Jobcenter Köln, **Herr Oster**, Amt für Integration und Vielfalt, **Frau Baars**, Amt für Kinder, Jugend und Familie und **Herr Dr. Engels**, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm weist darauf hin, dass Herr Oster heute das letzte Mal in der Sitzung anwesend sei und bedankt sich ganz herzlich bei ihm für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem Blumenstrauß.

Herr Beigeordneter Dr. Rau schließt sich den Worten von Herrn Bauer-Dahm an.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm erläutert zu Beginn, dass Herr Klapheck und seine Vertreterin Frau Puris von der Synagogen-Gemeinde heute nicht an der Sitzung teilnehmen könnten, stattdessen sei die Vertretung aus der Synagogen-Gemeinde Frau Schiller anwesend. Nach Rücksprache mit dem Sitzungsdienst dürfe Frau Schiller an der Sitzung mit Rederecht teilnehmen, wenn das Gremium zustimme. Er lässt über die Teilnahme für die heutige Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bevor in die Debatte über die Tagesordnung eingestiegen wird, lässt er über den organisatorischen TOP abstimmen:

A. Verpflichtung der sachkundigen Einwohner*innen.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm begrüßt zunächst Herrn Frank Feles (Sachkundiger Einwohner als Vertretung von Herrn Intveen) und erläutert, dass er bereits im Ausschuss Umwelt, Klima und verpflichtet wurde.

Folgende sachkundige Einwohner*innen werden vom Vorsitzenden verpflichtet:
Jutta Eggeling, Markus Peters, Monika Reisinger und Christof Wild.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm verweist auf die Hinweise zum Infektionsschutz.

Des Weiteren erläutert er, dass die Geschäftsordnung Seniorenpolitik unter **TOP 4.1** erneut auf der Tagesordnung stehe. Hier habe der Ausschuss in der letzten Sitzung unter Vorbehalt, dass die beratenden BV zustimmen, abgestimmt. Nun habe die BV 1 ihn leider erneut vertagt und möchte ihn mit dem Änderungsantrag erst nach der Wahl beschließen. Nach Rücksprache mit dem Bezirksbürgermeister Innenstadt, habe dieser daraufhin alle Fraktionsmitglieder noch einmal angeschrieben. Heute habe Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm eine Rückmeldung erhalten, dass eine sehr große Mehrheit in der Bezirksvertretung dem Bezirksbürgermeister signalisiert habe, dass der TOP in der heutigen Sitzung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren gerne beschlossen werden könne, unter der Prämisse, dass die Anregungen der Seniorenvertretung Innenstadt mit in der Niederschrift aufgenommen werden. Hier solle nichts dagegen sprechen, so dass der Beschluss nachher bekräftigt werden könne.

Im Sinne einer möglichst ergonomischen Sitzungsführung schlägt er vor, die Punkte auf der Tagesordnung **ab TOP 10 en bloc** zur Kenntnis zu nehmen, mit Ausnahme des **TOPs 12.1**. Zu diesem TOP stehe heute Herr Dr. Engels für Fragen und Anmerkungen dem Ausschuss zur Verfügung.

Darüber hinaus werden folgende Mitteilungen und Beschlüsse auf Wunsch in die nächste Sitzung am 26.08.2021 geschoben:

- 3.1 *Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)*
AN/1588/2019
- 12.2 *Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021*
1347/2021
- 12.7 *Arbeitsmarkt Köln - Corona-Krise: Rückblick 2020, bisherige Entwicklung und Ausblick 2021*
1718/2021
- 12.8 *Kölner Statistische Nachrichten 4/2021*
1895/2021
- 12.9 *Masterplan Dezernat V*
0190/2021

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm erklärt, dass zu **TOP 12.2** in der kommenden Sitzung die Autorin Frau Dr. Baumhauer für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehe. Es werde gebeten, die Fragen vorab der Schriftführung zukommen zu lassen.

Herr RM Detjen regt an, dass zu **TOP 12.9** Herr Beigeordneter Dr. Rau die sozialpolitischen Sprecher zu einem Fachgespräch einladen solle.

Folgende TOPs werden ohne Votum in der Beratungsfolge geschoben:

- 5.5 *Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme*
3694/2020
- 16.1 *Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Bertramstr. / Engelstr. / Manteuffelstr. in 51103 Köln-Kalk zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Personen*
1450/2021

Zudem möchte **Frau RM Hoyer** folgenden TOP in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik geben.

- 10.1.1 *Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln*
AN/0666/2021
Beantwortung der Anfrage AN/0666/2021: Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
1359/2021

Im Übrigen ergeben sich keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung; der Ausschuss beschließt diese daher wie folgt:

Tagesordnung

- A. Verpflichtung sachkundiger Bürger*innen und Einwohner*innen
- B. Mündlicher Bericht über aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und die Auswirkungen auf vulnerable Personengruppen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

- 1.1 Beantwortung: Corona-Pandemie: Auswirkung auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
0639/2021
- 1.2 Sachstand zum 3. Frauenhaus (Beantwortung zu AN/0469/2021)
0896/2021

2 Integration und Vielfalt

- 2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften
 - 2.1.1 Anfrage bezüglich der kommunalen Zuweisung von LSBT*I*Q Geflüchteten aus der ZUE nach Köln in die LSBT*I*Q Geflüchteten Unterkunft
1257/2021

Beantwortung: Nachfragen zur Vorlage 1257/2021 - Fragen zur Unterbringung LSBT*I*Q Geflüchtete
1661/2021
 - 2.1.2 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche
1342/2021
 - 2.1.3 Beantwortung einer Anfrage aus der Stadt AG LST: Dienstleistungen für Senior*innen - Berücksichtigung spezifischer Bedarfe?
1837/2021
 - 2.1.4 Beschluss der StadtAG Seniorenpolitik zur Resolution der BezirksAG Seniorenpolitik Kalk zur Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung im rechtsrheinischen Köln
1239/2021

- 2.2 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten
- 2.3 Praxishandbuch "Vielfalt Pflegen" - eine Publikation des Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) NRW
1599/2021
- 2.4 Digitale Konferenz Interkulturelles Köln - Dokumentation der Veranstaltung vom 22.1.2021
1586/2021
- 2.5 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln
1723/2021
- 2.6 Testphase im Programm der Seniorenberatung
1905/2021
- 2.7 Interkulturelle Zentren - Mitteilung über die Verwendung des übergreifenden Budgets im Jahr 2020 und Sachstand Qualitätsentwicklung
1776/2021

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 3.1 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019
zurückgestellt
- 3.2 Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken
AN/1039/2021

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln
3159/2020

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 5.1 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf – Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau
0846/2020

Änderungsantrag zu TOP 5.1.: Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf – Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau
AN/1155/2021

- 5.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN
1105/2021
- 5.3 Mehrgenerationen Haus Lindweiler 2021
0733/2021
- 5.4 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW
1658/2021
- 5.5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme
3694/2020
- 6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6.1 Errichtung von Probe- und Atelierräumen
0432/2021

Änderungsantrag zu TOP 6.1 Errichtung von Probe- und Atelierräumen
AN/1152/2021
- 7 Wohnen**
- 7.1 Aktuelle Entwicklung im Objekt Gummersbacher Str. 25
1232/2021
- 7.2 Kölner Statistische Nachrichten 8/2021
Kölner Wohnungsbau 2020: Starker Anstieg der Baugenehmigungen – weniger Fertigstellungen, aber 5400 Wohnungen im Bau
1808/2021
- 7.3 Geplante Impfungen von untergebrachten Wohnungslosen und Geflüchteten vom Amt für Wohnungswesen
1865/2021
- 7.4 Beantwortung der Anfrage zur Auflösung von Sammelunterkünften
1890/2021
- 7.5 Beantwortung zum Wortbeitrag zu TOP 5.1 aus der Sitzung vom 26.04.2021
1769/2021
- 7.6 Fortsetzung des abgestimmten Belegungsmanagements für die geförderten Wohnungen Kölns
1991/2021

8 JobCenter Köln

- 8.1 Bericht des Jobcenter Köln
1721/2021

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
0980/2021
- 9.2 1. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1750/2021
- 9.3 32. Bericht zur Situation Geflüchteter
1921/2021

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 10.1.1 Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
AN/0666/2021
- Beantwortung der Anfrage AN/0666/2021: Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
1359/2021
- 10.1.2 Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses zur Einrichtung eines Runden Tisches Pflege
AN/0734/2021
- 10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 10.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke: Beteiligung der Wohlfahrtsverbände an der Erstellung des Lebenslagenberichts
AN/1007/2021
- Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN/1007/2021 zum Lebenslagenbericht
1863/2021

11 Mündliche Anfragen

- 11.1 Beantwortung: Nachfrage aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 15.04.2021 zu TOP 5.2 Neubau öffentlich geförderter Wohnraum Porz, Deutzer Weg
1672/2021

- 11.2 Beantwortung: Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.01.2021 zu TOP 7.5 Bericht "Wohnen in Köln" Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2019, Ausblick 2020 (2821/2020)
1933/2021
- 11.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 14.16 „Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)" vom 15. April 2021
1903/2021
- 11.4 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum 31. Bericht zur Situation Geflüchteter bzgl. psychischer Erkrankungen
1699/2021
- 11.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Häusliche Gewalt in der Corona-Krise
2002/2021
- 11.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des sachkundigen Einwohners Paul Intveen in der Sitzung des Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 15.4.2021 zu TOP 5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“, hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1976/2021
- 11.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sachstand Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren
- 12 Mitteilungen**
- 12.1 Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
0946/2021
- 12.2 Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021
1347/2021
zurückgestellt
- 12.3 Sachstandsbericht Starke Veedel – Starkes Köln
1205/2021
- 12.4 Kooperatives Baulandmodell Köln
3. Sachstandsbericht Kooperatives Baulandmodell mit Stand 31.12.2020
1229/2021
- 12.5 Kölner Statistische Nachrichte Kurzinformation Bevölkerungszahlen
1024/2021

- 12.6 Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: „Erste Bilanz – 1 Jahr 3. Reformstufe BTHG“
1904/2021
- 12.7 Arbeitsmarkt Köln - Corona-Krise: Rückblick 2020, bisherige Entwicklung und Ausblick 2021
1718/2021
zurückgestellt
- 12.8 Kölner Statistische Nachrichten 4/2021
1895/2021
zurückgestellt
- 12.9 Masterplan Dezernat V
0190/2021
zurückgestellt

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 14 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 15 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 16 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 16.1 Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Bertramstr. / Engelstr. / Manteuffelstr. in 51103 Köln-Kalk zur Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohter Personen
1450/2021
- 17 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 17.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 17.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 17.2.1 Anfragen der SPD-Fraktion: Wurden die neuen Betreiber des Paschas überprüft? Neue Hand, alte Verhältnisse?
AN/1099/2021
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Mitteilungen**

B. Mündlicher Bericht über aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und die Auswirkungen auf vulnerable Personengruppen

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm übergibt das Wort an den Beigeordneten.

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet, dass für viele Menschen, die krankheitsempfänglich seien, sich eine gute Entwicklung ergeben habe. Dank der erfolgreichen Impfungen seien in den Senior*innen- und Pflegeheimen, aber auch in den Unterbringungen für Menschen mit Fluchthintergrund, die Inzidenzen deutlich abgesenkt.

Er weist darauf hin, dass wenn in der Presse und auch hier vor dem Rathaus auf obdachlose Menschen und deren besonderer Gefährdung hingewiesen werde, dies richtig sei. Man sei mit den Impfangeboten unterwegs und auch teilweise erfolgreich, aber man sei noch nicht am Ende des Erfolgsweges.

Das Wort „vulnerable“ werde gerade auch in dieser Stadt etwas schwierig verwendet. Herr Beigeordneter Dr. Rau betont, dass er selbst von dem Begriff „vulnerable Stadtteile“ wenig halte und bevorzugt von Hochinzidenz-Stadtteilen spreche.

Man sei in diesen Hochinzidenz-Stadtteilen mit Impfangeboten, aber auch mit einem Motivierungsprogramm, vor Ort. Viele Akteure*innen werden hierbei helfen, Menschen von der Wichtigkeit des Impfens zu überzeugen. Man habe erkannt, dass mehrsprachige Flyer und Plakate alleine nicht ausreichen.

In der nächsten Woche werde ein Förderprogramm veröffentlicht, auf das sich Akteure*innen in den betroffenen Stadtteilen bewerben und Förderungen beantragen können, um ihre Ideen zur Motivierung und zur Begleitung der Impfangebote gefördert zu bekommen. Hier werde verwaltungsseitig nicht vorgegeben, was die richtigen Wege seien, sondern man sei offen für neue gute Ideen. Dies solle sehr unbürokratisch möglich sein, so dass dies ganz schnell anlaufen könne. Man habe noch einen größeren Weg vor sich, Menschen, die weniger impfbereit seien, impfkundig zu machen.

Es freue ihn sehr, dass die Stadt Köln mit diesem Thema in der Bundesrepublik positiv dastehe. Er sei heute vom niederländischen Fernsehen interviewt worden, denn auch dort sei es ganz relevant. Man sei zwar mit ambulanten Impfungen unterwegs, aber noch nicht mit Netzwerken verschiedener Akteuren*innen, wie es in Köln passiere. Da sei man auf einem vorbildlichen guten Weg.

Man werde in dieser Pandemie viel lernen, unter anderem die Wichtigkeit der Gesundheitsgerechtigkeit. Der Begriff Umweltgerechtigkeit sei bereits bekannt und schon länger in der Welt. Umweltgerechtigkeit bedeute, dass Menschen, abhängig von ihrem Status, unterschiedliche Umweltbedingungen hätten. Der Begriff Gesundheitsgerechtigkeit bedeute äquivalent, dass Menschen mit verschiedenen sozialen Status verschiedene Gesundheitsbedingungen hätten. Diese Bedeutsamkeit lerne man gerade und auch wie man damit umgehe, um es ein wenig abzufedern.

Herr RM Detjen betont, dass der Hinweis Gesundheitsgerechtigkeit sehr spannend sei. Ihm sei auch aufgefallen, dass bei der Frage, wieviel Ärzte und Apotheken es in den benachteiligten Stadtteilen gebe, diese Anzahl dreimal so gering sei, wie beispielsweise in Lindenthal oder in anderen Stadtteilen. Dies seien Themen, wo der Sozialausschuss und der Gesundheitsausschuss versuchen sollten Mindeststandards einzuführen.

Er bemerkt, dass Menschen in Obdach-, Wohnungslosigkeit und mit Fluchthintergrund sehr im Fokus seien und fragt nach, was mit den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sei. Diese Gruppen seien sehr sensibel, da in diesen Einrichtungen, die Menschen distanzloser seien.

Es freue ihn sehr, dass die Förderprojekte, die Teil eines Ratsbeschlusses gewesen seien, nun umgesetzt werden.

Frau RM Hoyer bemerkt, dass sie den Wettbewerb bzgl. der Förderprogramme an sich gut fände, aber beim Thema Wettbewerb die Dauer problematisch sei. Sie weist auf die Abläufe in der Verwaltung hin und dass ein Wettbewerb ausgeschrieben und öffentlich gemacht werden müsse. Sie appelliere an die Verwaltung, dass man hier schneller werden müsse.

Frau RM Scho-Antwerpes berichtet, dass der paritätische Wohlfahrtsverband eine große Lieferung an Masken von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen habe, die in die MOs, sowie an die Menschen in Wohnungslosig-, Obdachlosigkeit und mit Fluchthintergrund verteilt worden seien. Diese seien nun aufgebraucht. Sie fragt Herrn Beigeordneten Dr. Rau, ob mit einer weiteren Lieferung zu rechnen sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass die erste Lieferung durch das Land finanziert worden sei. Er bittet die Verbände, hier noch einmal aktiv auf das Land zuzugehen. Er sei etwas zurückhaltend, wenn es darum gehe, dass die Stadt mit dem bescheidenen Haushalt die Lücken, welches das Land hinterlasse, fülle.

Zu der zeitlichen Dimension, welche Frau RM Hoyer angesprochen habe, gebe er ihr Recht. Man könne schneller sein, und weist aber auch darauf hin, dass man der Pandemiebekämpfung in vielen Punkten so viel schneller gewesen sei, als man vorher gedacht habe.

Frau Dr. Robinson berichtet, dass man noch einmal 404.000 FFP2 Masken vom Land geliefert bekommen habe, die gleiche Menge wie in der ersten Marge. Dies sei eine andere Qualität als vom Bund angekündigten medizinischen Masken. Die Lager der Feuerwehr seien wieder gefüllt und die Einrichtungen können sich gerne melden und diese abholen. Man verteile vorwiegend über die Kooperationspartner*innen. Dort seien Masken für die Kontakt- und Beratungsstellen und die vielen verschiedenen Unterstützer*innen, mit denen man arbeite, vorhanden. Es sei ein Prozess aufgesetzt worden, wie die Einrichtungen sich melden und wie über die Feuerwehr ausgeliefert werden solle.

Frau RM Heuser begrüßt das Förderprogramm sehr. Sie erwarte, dass sich in den Stadtteilen mit den hohen Inzidenzen die Akteure vor Ort melden werden. Es gehe darum, dass insbesondere die Menschen angesprochen werden, die sich, aus welchen Gründen auch immer, bislang noch nicht haben impfen lassen. Man habe bei den Aktionen in den Stadtteilen, wie beispielsweise Finkenberg, Meschenich oder Chorweiler oder auch bei der Aktion, die in der Moschee in Ehrenfeld gelaufen sei, feststellen können, dass viele Menschen, die eigentlich dort erreicht werden sollten, sich nicht angesprochen gefühlt haben, wie beispielsweise Menschen aus dem Kölnberg, aus den Hochhäusern in Finkenberg und insbesondere die Großfamilien. Da sei es wichtig, dass genau diese Menschen erreicht werden. Dies werde wahrscheinlich am ehesten über die Akteure*innen vor Ort passieren, die die Menschen kennen. Sie erhoffe sich von diesem Programm viel.

Frau Dr. Robinson geht auf die Frage von Herr RM Detjen ein und berichtet, dass es gelungen sei, dass ein Großteil der Menschen mit Behinderungen über sogenannte Standort-Impfungen erreicht worden seien. Dies habe man mit den sozialen Leistungserbringern organisieren können, insbesondere mit den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus habe man Taxi-Impfungen organisiert und man sei in die ambulanten Wohngemeinschaften mit hinein gegangen. Eine Kollegin sei z.Zt. dabei, die Zweit-Impfung der Taxi-Impfungen aufzustellen, auch seien die Standort-Impfungen in den letzten Atemzügen, was die Zweit-Impfung angehe. So könne man jetzt sagen, dass alle Menschen mit Behinderungen über ihre professionellen Fachleistungen jetzt schon ein Impfangebot erhalten haben und man sicher sei, dass man bis Mitte Juni mit den Zweit-Impfungen, dort wo gewünscht, durch sei. Die Menschen, die ohne professionelle Unterstützung der Eingliederungshilfe leben, haben, soweit sie immobil sind, die Möglichkeit sich über ihre Hausärzt*innen impfen zu lassen.

Herr RM Welter betont, dass der Begriff Gesundheitsgerechtigkeit genau ins Schwarze treffen würde. Man müsse auch über die Pandemie hinaus, auf die Gesundheitsinfrastruktur in den einzelnen

Stadtteilen einen besonderen Fokus legen. Die Zahlen, die die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) in Chorweiler vorgelegt habe, werden eindeutig die Defizite aufzeigen, wie beispielsweise im Bereich der Hausärzte. Es sei auch bekannt, dass in Chorweiler die Gesundheitsstruktur eher abgebaut worden sei. So sei beispielsweise auch die Notfallpraxis aus dem Stadtgebiet rausgegangen. Chorweiler sei ein Stadtbezirk, der über kein Krankenhaus verfüge und nun leider auch über keine Notfallpraxis. Er plädiere dafür, dass auch nach der Corona Pandemie die Gesundheitsgerechtigkeit im Auge behalten werde und es zu einer ausgewählten guten Gesundheitsinfrastruktur führe.

Herr SE Dr. Akude bedankt sich bei Herrn Dr. Rau, weil er etwas formuliert habe, was er selbst in den vergangenen Wochen und Monaten bemerkt habe. Die Schwarz-Afrikanische Community sei nicht so begeistert sich impfen zu lassen, aus verschiedenen Gründen. Er habe diesbezüglich versucht, mit dem Gesundheitszentrum für Migrantinnen und Migranten Kontakt aufzunehmen. Nachdem man zuerst versprochen habe, mit ihm diesbezüglich etwas zu entwickeln, hieße es dann, es sei ein Zentrum hauptsächlich für Türken*innen, was er nicht verstanden habe. In der letzten Ratssitzung sei von der erfolgreichen Impfkation in Chorweiler berichtet worden. Hier habe er dann mit dem Bezirksbürgermeister von Chorweiler Kontakt aufgenommen und ihn um Unterstützung in dem Thema gebeten. Leider werde auch dieses wieder versanden. Er beziehe sich auf das Gesagte von Herrn Dr. Rau und fragt ob er mit Herrn Dr. Rau Kontakt aufnehmen könne, um dieses Thema anzugehen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bejaht dieses und bestätigt, dass Kontakte zu ihm immer möglich seien.

Herr RM Paetzold berichtet, dass er seine Praxis in Kalk habe und auf dem Weg in die Sitzung an der Impfkation in Kalk von der Stadt Köln vorbeigekommen sei. Man habe diese Impfkation nun auf gewisse Straßen begrenzt, damit der Impftourismus, den man in Chorweiler erlebt habe, hier nicht stattfände. Trotz der Begrenzung und trotz des bescheidenen Wetters, hätten sich auf dem Kalker Markt lange Menschengängen gebildet, die sich alle impfen lassen wollten. Er bemerkt, dass es ein großer Erfolg werden könne und beglückwünsche die Stadt.

Frau SE Eggeling bedankt sich und spricht als einer der Vertreterinnen der Wohnungslosenhilfe und der Obdachloseneinrichtung. Das Impfangebot habe sowohl für die stationären Einrichtungen als auch für die Straßen-Obdachlosen sehr gut funktioniert. Es habe zweimal einen Impfpoint im Gulliver gegeben und es seien bisher über 430 Menschen geimpft worden.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm bestätigt den Bericht von Herr Paetzold und führt aus, dass der Durchlauf ca. 3 Stunden betrage, aber dies gerne in Kauf genommen werde. Der Sozialraumkoordinator habe ihm erzählt, dass man seit mehreren Tagen Flyer in acht Sprachen verteilt habe und dies habe man an der vielfältigen und bunten Schlange sehen können. Er hoffe nun, dass der Impfstoff bis Montag reichen werde.

Herr SE Wild bemerkt zur Wortmeldung von Herrn Dr. Akude, dass er glaube, dass es sich um ein Missverständnis handele. Er habe noch heute Morgen ein Zoom Meeting mit dem Leiter Herrn Musa Deli gehabt, in dem Herr Deli betont habe, dass man für alle Bevölkerungsgruppen mehr Informationen benötige.

Das Gesundheitszentrum für Migranten und Migrantinnen in der Innenstadt sei aber tatsächlich von der Aufstellung her nur russisch und türkisch sprechend.

Über die Debatte zur Tagesordnung wurde beschlossen, den **TOP 12.1** vorzuziehen, somit übergibt Herr Vorsitzender Bauer-Dahm Dr. Engels das Wort.

An dieser Stelle wird im Protokoll auf **TOP 12.1** verwiesen.

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

1.1 Beantwortung: Corona-Pandemie: Auswirkung auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen 0639/2021

Frau SE Schmerbach verweist auf die erste Seite und sagt, dass es Einmalzahlungen zwischen drei- und sechshundert Euro für Corona gegeben habe und fragt, wer diese unterschiedlichen Beträge erhalten habe und nach welchen Kriterien, die Höhe berechnet worden sei und ob es hier noch weitere differenzierte Beträge wie beispielsweise dreihundertfünfzig Euro gebe. Hier stelle sich die Frage, wer diese unterschiedlichen Beträge erhalten habe und in welcher Höhe.

Die Beantwortung erfolgt über das Ratsinformationssystem.

Zur Kenntnis genommen.

1.2 Sachstand zum 3. Frauenhaus (Beantwortung zu AN/0469/2021) 0896/2021

Frau RM Heuser weist darauf hin, dass die Bedarfsmeldung von der Landesregierung immer noch ausstehe. Sie ermuntere die Verwaltung hartnäckig daran zu bleiben, denn es gehe darum, eine auskömmliche Finanzierung für die fehlenden Plätze in den Frauenhilfestrukturen zu bekommen.

Frau RM Scho-Antwerpes erwähnt, dass die Landesregierung mittlerweile von sogenannten Powerhouses spreche und es hierzu einen Bericht gebe. Hier bittet sie die Verwaltung, dass man diesen Bericht dem Ausschuss einmal vorlegen möge, indem es um den NRW-Pakt gegen Gewalt gehe.

Frau Dr. Robinson berichtet, dass man sich insbes. im Facharbeitskreis des Jugendamtes zur Gewaltprävention mit diesem Thema beschäftige. Es habe nun einen Antrag von Frauen helfen Frauen e.V. an das Land NRW gegeben. Frau Mötting habe gerade Kontakt zum Land und man habe ihr zugesagt, dass der Landesbericht zu Frauenhäusern in den nächsten Tagen bzw. Wochen zu erwarten sei. Es ginge nur noch um die Freizeichnung. Hierin enthalten sei Bedarfsfeststellung für Köln, mit der man dann weiterarbeiten könne. Man sei jetzt schon mit Frauen helfen Frauen e.V., Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) und Sozialdienst katholischer Männer e.V. (SkM) im Gespräch, um das Thema Powerhouse nach vorne zu bringen.

Frau RM Scho-Antwerpes ergänzt, dass man dazu auch die finanzielle Unterstützung brauche und fragt, in wie weit dies gewährleistet sei. Man lege großen Wert auf die Vielfalt. Die Digitalisierung solle hier nach vorne gestellt werden.

Frau Dr. Robinson erwidert, dass man hier auf die Bedarfsfeststellung warte, da es von dieser abhängen würde, ob das Land finanziere.

Zur Kenntnis genommen.

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.1.1 Anfrage bezüglich der kommunalen Zuweisung von LSBT*I*Q Geflüchteten aus der ZUE nach Köln in die LSBT*I*Q Geflüchteten Unterkunft 1257/2021

Durch Beantwortung erledigt.

Beantwortung: Nachfragen zur Vorlage 1257/2021 - Fragen zur Unterbringung LSBT*I*Q Geflüchtete 1661/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche 1342/2021

Herr SE Liefertz bemerkt, dass die Zahlen erschreckend seien, wie viele Jugendliche mit dem Gedanken spielen sich umzubringen bzw. wie viele dies auch bereits gemacht hätten. Deswegen fände die FDP-Fraktion es sehr gut, dass die Einrichtung in Corona Zeiten ein virtuelles Angebot bereithält. Die FDP-Fraktion fragt an, wie viele Jugendliche nun virtuell anfragen und ob es dazu Zahlen gebe. Um einen Vergleich zu bekommen, seien die Zahlen interessant, wie viele Jugendliche vorher die Einrichtung besucht haben. So könne man schauen, ob diejenigen, die nun nicht mehr kommen könnten und sich virtuell auch noch nicht angesprochen fühlten, auch anders erreichen werden können. Zudem fragt er nach, welche Methoden das anyway anwende, um das virtuelle Angebot zu erweitern und zu vergrößern. Die Zahlen seien halt sehr erschreckend, so dass es schön sei, wenn es in ganz Köln flächendeckend die Möglichkeit gebe, diese Zielgruppe noch adäquater zu erreichen.

Herr RM Rudolph erläutert, dass er glaube, dass allen bewusst sei, wie erschreckend die Zahlen seien. Er möchte kurz einen Augenmerk auf das anyway werfen und das, was Herr Liefertz angesprochen habe. Anyway mache in einer kleinen Gruppe diese Angebote, damit sie zielgerichtet seien und die Kinder und Jugendliche erreiche und nicht durch eine große Gruppe abgeschreckt werden. Zahlen habe er nicht vorliegen. Er verweise direkt an das anyway, die die Ergebnisse liefern können. Er merkt an, dass im Jugendhilfeausschuss generell die psychosomatische Situation von Jugendlichen auf der nächsten Tagesordnung stehe.

Herr Oster bemerkt, dass man die Zahlen bei anyway abfragen und nachliefern müsse. Er führt an, dass die psychosomatische Situation von allen Jugendlichen schwierig in der Corona Zeit sei. Man müsse auch bedenken, dass gerade die Jugendlichen, die das anyway besuchen, nochmal einer besonderen Situation ausgesetzt seien. Sie hätten momentan keinen Schutzraum mehr, den sie besuchen könnten. Sie seien in ihren Familien verhaftet und ständen dort möglicherweise auch unter einem besonderen Druck. Ihnen fehle die Möglichkeit eine Auszeit ihrer Situation in der Einrichtung nehmen zu können

Zur Kenntnis genommen.

**2.1.3 Beantwortung einer Anfrage aus der Stadt AG LST: Dienstleistungen für Senior*innen - Berücksichtigung spezifischer Bedarfe?
1837/2021**

1837/2021

Anmerkung der Stadt AG LST zur Nachfrage/ Beantwortung des TOP 2.1.3 aus der Sitzung 27. Mai 2021

Die Stadt-AG LST und die Antragstellerin sind mit den Antworten nicht zufrieden, die Antragstellerin wird in der kommenden Stadt AG LST am 22. Juni 2021 dazu detaillierte Rückfragen an den Ausschuss formulieren. Begründung: die Antworten sind in einigen Teilen zu unspezifisch. Zur Kenntnis genommen.

**2.1.4 Beschluss der StadtAG Seniorenpolitik zur Resolution der BezirksAG Seniorenpolitik Kalk zur Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung im rechtsrheinischen Köln
1239/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

**2.3 Praxishandbuch "Vielfalt Pflegen" - eine Publikation des Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) NRW
1599/2021**

Frau RM Heuser spricht ein Lob aus.

Zur Kenntnis genommen.

**2.4 Digitale Konferenz Interkulturelles Köln - Dokumentation der Veranstaltung vom 22.1.2021
1586/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

**2.5 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln
1723/2021**

Frau SE Schmerrbach sagt, dass sie das Projekt befürworte. Die Bezirksvertretungen bekämen das Ergebnis vorgelegt, worüber sie dann diskutieren können. Sie fragt, ob auch die Expertisen der Bezirksvertretungen mit berücksichtigt werden. Sie erläutert, dass sie aus Ehrenfeld käme und gerade zu diesem Thema habe man schon eingehende Diskussionen geführt.

Frau SE Wermann führt an, dass sie die vorliegende Mitteilung für sehr einseitig halte. Die Geschichte des kolonialen Erbes beinhalte nicht nur negative Seiten. Sie erinnere den Ausschuss an

Herrn Wissmann, der in Ehrenfeld unter Beschuss stände bzw. die Wissmannstrasse. Herr Wissmann habe dafür gesorgt, dass die Sklaverei abgeschafft worden sei. Sie bittet darum, dass man das Thema nicht so einseitig betrachte, wie es hier vorlege.

Frau RM Hoyer erläutert, dass das Gute an diesem Projekt sei, dass man sich nicht um Einseitigkeit bemühe, sondern verschiedene Aspekte aufnehme und auch unterschiedliche Meinung versuche man, zu spiegeln. Sie erinnere sich, dass es dazu auch ein Projekt der Universität Köln gebe, welches nach ihrer Sicht noch nicht abgeschlossen sei. Die Ergebnisse könne man sicherlich dann verwenden. Sie werde es begrüßen, wenn hier nicht in den kommenden Jahren, sondern ein zeitnahes Datum stände.

Herr Oster antwortet auf die Frage von Frau Schmerrbach, dass in dem Papier ein Prozess beschrieben wurde. Es gebe aus der Bezirksvertretung sehr viele Expertisen, aber auch sehr viele Anträge zur Umbenennung von Straßen. In dem Prozess werde es auch eine öffentliche Beteiligung geben. In den Stadtteilen werden Möglichkeiten angeboten, unterschiedliche Positionen deutlich zu machen, so wie Frau Hoyer schon gesagt habe, es gebe nicht den einen Blickwinkel, sondern mehrere darauf. Ziel des Prozesses sei es, mit Hilfe der örtlichen Politik und der örtlichen Gesellschaft zu einem Meinungsbild zu kommen und zu Handlungsempfehlungen, die mehrheitlich in dieser Stadt akzeptiert und getragen werden könne. Er antwortet Frau Werrmann, dass dieser Prozess offen sei. Man habe in der Mitteilung am Beispiel der Straßennamen deutlich gemacht, wie viele unterschiedliche Betroffenheit und Blickwinkel es auf einen solchen Straßennamen geben könne. Dies müsse man miteinander besprechen und diskutieren und letztendlich müsse man es auch in Handlungsempfehlungen münden lassen, die dann politisch beschlossen werden.

Er führt fort, dass bzgl. des zeitlichen Ablaufs es momentan mehrere Projekte gebe, wie beispielsweise das der Universität Köln. Das Amt für Liegenschaften und Kataster habe ebenfalls schon ein Projekt zur Aufarbeitung der Straßennamen mit der Uni begonnen. Er erläutert, dass man alle diese Projekte nutzen und einfließen lassen werde. Bezogen auf die mehreren Jahre, erklärt er, dass man für bestimmte Bereiche nicht absehen könne, wie lange man für diesen Prozess bräuchte. Es gebe einen Zeitplan und die erste Arbeitsgruppe der Verwaltung habe getagt und sich über den Prozess abgestimmt. Die Öffentlichkeitsveranstaltungen sollen sukzessive ab Sommer stattfinden, wenn Corona es zulasse. Dieses Format könne man nicht virtuell machen, da dies vor Ort durchgeführt werden müsse. Die zweite Sitzung der internen Arbeitsgruppe sei für den Herbst vorgesehen. Da werde man Teilergebnisse haben. Dann könne man überlegen, ob man bereits mit Teilergebnissen arbeiten könne oder ob man auf das große Ganze warten müsse. Bei den Museen werde es aufwendiger und komplizierter in der Unterschiedlichkeit der Sammlungen und man werde auch das Stadtarchiv einbeziehen. So habe man die ganze Breite der städtischen Einrichtungen und öffentlich wahrnehmbaren Objekten, die mit dieser postkolonialen Vergangenheit in Verbindung gebracht werden könnten. Dies sei eine gewisse Größenordnung. Ziel sei es schneller zu sein, aber man benötige auch eine gewisse Gründlichkeit und Zeit, die für die Diskussion eingeräumt werden müsse.

Er geht zudem auf die vorab mündlich gestellte Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Frage: Wird bei der Aufarbeitung auch ein Fokus auf die Kölner Museen – insbesondere bei Raubkunst – und dem Kölner Stadtarchiv gelegt?

Herr Oster antwortet, dass die Straßennamen nur als Beispiel aufgeführt worden seien. Er verweist auf die Anlage und die Prozessbeschreibung, da hier deutlich werde, dass das Museumsreferat, die Museen, alle kulturellen Einrichtungen, die mit dem Thema befasst seien oder sein könnten, dabei seien. Es werde somit die ganze Bandbreite abgedeckt. Über diesen Prozess werde man laufend informieren, mindestens halbjährlich.

Zur Kenntnis genommen.

2.6 Testphase im Programm der Seniorenberatung 1905/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

2.7 Interkulturelle Zentren - Mitteilung über die Verwendung des übergreifenden Budgets im Jahr 2020 und Sachstand Qualitätsentwicklung 1776/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019) AN/1588/2019

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in die nächste Sitzung am 26.08.2021 **geschoben**.

3.2 Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken AN/1039/2021

Herr RM Paetzold führt an, dass in der öffentlichen und in der Wahrnehmung der SPD-Fraktion die Anzahl der Obdachlosen und Wohnungslosen zunehme. Die Stadt halte ein sehr gutes Angebot für Menschen vor, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder obdachlos seien. Die SPD-Fraktion glaube aber, dass dies nicht ausreiche und möchte deshalb die Verwaltung bitten und beauftragen, ein ämterübergreifendes Konzept zur wirksamen Verhinderung von Wohnungslosigkeit und zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit zu erarbeiten. Dazu seien Eckpunkte vorgeschlagen worden, die im Konzept berücksichtigt werden sollten. Hier gehe es u.a. um die Vermeidung von Obdachlosigkeit durch die Aussetzung von Zwangsräumungen. Es werde befürchtet, dass bei der Mietpreisentwicklung in Köln die Zahl dieser Menschen weiter zunehme.

Frau RM Heuser bestätigt, dass in dem Antrag der SPD grundsätzlich nicht falsches stände. Wenn man sich nun die einzelnen Punkte anschau, könne man dazu sagen, dass alle Punkte, die aufgeführt werden, bereits laufen. Das Problem sei, dass man schauen müsse, in welchem Rahmen dies zum Teil möglich sei und wo es scheitere. Gründe des Scheiterns seien oft der Wohnraummangel. Bei der Verhinderung von Luxussanierungen habe man keine ausreichenden sozialen Erhaltungssatzungen, denn so einfach gehe es halt nicht. Sie verweise auf das große Angebot der Reso-Dienste, welches man auch als Vorzeigeprojekt in Köln seit langen Jahren habe. Es gehe natürlich immer besser, aber alleine auf Grund des Wohnraummangels sei dieses Thema schwierig. Insofern helfe auch kein Konzept. Zumal die Verwaltung sicherlich ein Konzept habe und alles ineinander bereits verzahnt sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Antrag nicht unterstützen, da sie ihn für überflüssig halte.

Frau RM Gärtner schließt sich der Aussage von Frau Heuser an. Natürlich ist das Thema Wohnungslosigkeit auch in bei der CDU-Fraktion präsent. Es sei bereits eine Menge an Vorschlägen zur

Verbesserung der Situation gemacht worden. In diesem Antrag seien leider keine neuen Ideen aufgeführt, somit werde die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Frau RM Glashagen fragt die Fachverwaltung, ob dieser Antrag tatsächlich eine Verbesserung der jetzigen Situation bringen werde.

Herr RM Detjen widerspricht Frau Heuser und bemerkt, dass leider nicht viel in Köln laufe. Insofern habe der Antrag seine Berechtigung. Leider helfe der Antrag aber nicht weiter, da die im Antrag aufgeführten Punkte in der Vergangenheit alle schon einmal eingebracht und beschlossen worden seien. Man habe noch zwei reale Probleme für die Obdachlosen, die nun anständen. 1. Was passiere im Sommer bei der Hitze? Hier habe man im letzten Jahr keine Lösung gehabt. 2. Das Winterkonzept vom letzten Jahr müsse überarbeitet werden. Dies müsse jetzt auf den Prüfstand, damit es für den nächsten Winter vorbereitet werde. Hier habe man auf Grund von Corona auch nachbessern müssen. Er würde sich freuen, wenn die Verwaltung zu diesen konkreten Punkten die sozialpolitischen Sprecher einladen würde. Da der Antrag nicht die aktuellen Probleme berücksichtige, werde die Fraktion die Linke sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau RM Hoyer greift das Thema Hitze von Herrn Detjen auf und erinnert die Verwaltung an das Thema Duschbus, welches in dem Zusammenhang bereits diskutiert wurde.

Frau RM Scho-Antwerpes wirft ein, dass sie auch ein konkretes Beispiel benennen könne. Es gebe eine Immobilie in Klettenberg in der Geisbergstrasse, die seit ca. einem Jahr in einigen Teilen Leerstand habe. Sie fragt, ob dieses einmal geprüft worden sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bemerkt zur Frage von Frau Scho-Antwerpes, dass die Verwaltung diese Immobilien gerne prüfen werde, wenn sie diese melde.

Darüber hinaus könne er sagen, dass die Verwaltung bereits zu jedem Punkt tätig sei.

Wenn die Politik die Verwaltung beauftrage, weitere Konzeptionen zu entwickeln, die zu einer Intensivierung führen, sei dies fachlich schon richtig. Jedoch weise er auf die Schwierigkeit hin, dass diese Intensivierungen auch Kosten verursachen können. Die Sozialverwaltung könne diese dann nicht ohne weiteres in eine Beschlussvorlage bringen, da es auch eine Pflicht gebe, die Refinanzierung mit zu sichern. So stelle sich die Frage, was könne man mit welchen Mitteln leisten. Somit sei ein politischer Beschluss, der auch die Refinanzierung mit berücksichtige, wesentlich fairer und aussichtsreicher. Er steige gerne in Fachgespräche ein, in denen auch diese Frage geklärt werden könne.

Frau RM Gärtner erklärt, dass es die Aufgabe der Fraktionen sei, darüber nachzudenken, was im Zuge der Haushaltsplanberatung mit eingebracht werde. Einzelne Ideen werden leider nicht helfen, wenn sie nicht mit Finanzmitteln hinterlegt seien. Man habe diese Chance noch im vierten Quartal. Sie appelliere an die Politik, sich hier konkrete Gedanken zu machen.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ämterübergreifendes Konzept zur wirksamen Verhinderung von Wohnungslosigkeit und zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit zu erarbeiten. Das Konzept soll dabei insbesondere folgende Eckpunkte beinhalten:

Die präventiven Angebote zum Wohnungserhalt durch die zentrale Fachstelle sollen erhalten und ausgebaut werden.

- Damit neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht, sind Zwangsräumungen z.B. zur Durchsetzung von Luxussanierungen durch die zentrale Fachstelle möglichst zu verhindern. Das Instrument der Beschlagnahmung und Wiedereinweisung ist zu nutzen, um den Betroffenen

ein Dach über dem Kopf und den Menschen das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu sichern, wenn geeignete Ersatzwohnungen nicht verfügbar sind.

- Bei Beschlagnahme und Wiedereinweisung muss jedoch ein adäquates Angebot zur Wohnraumversorgung innerhalb eines für den Wohnungsgeber transparenten Zeitrahmens gemacht werden.
- Für Personen und Haushalte, die in der Lage sind, die sich aus einem Mietvertrag ergebenden Pflichten einzuhalten, sind ausreichend Belegrechte an bestehenden Wohnungen vorzuhalten und zu erwerben, die einen Anschluss in ein reguläres Mietverhältnis ermöglichen.
- Für Personen und Haushalt, die nicht in der Lage sind, die sich aus einem Mietvertrag ergebenden Pflichten einzuhalten, sind ausreichend Wohnraumkapazitäten im kommunalen Wohnversorgungsbetrieb vorzuhalten. Die hier angesprochene Zielgruppe muss dabei intensiv durch Fachkräfte der sozialen Arbeit und andere Unterstützungsangebote passgenau begleitet werden.
- Ein adäquates Angebot zur Wohnraumversorgung erhalten ebenfalls akut obdachlose Menschen. Das Angebot eines Hotelplatzes muss dabei ebenso wie die Unterbringung in Sammel- und Notunterkünften auf ein sehr kurzfristiges Nothandeln beschränkt sein. Die Regel müssen kleinere und menschenwürdige Einheiten sein, in denen besser auf persönliche Wünsche und individuelle Bedürfnisse der Betroffenen eingegangen wird und eine soziale Betreuung gewährleistet ist.
- Für akut obdachlose Personen ist der „Housing First“-Gedanke anzuwenden. Hierfür müssen geeignete Wohnungen dezentral von der Verwaltung vorgehalten werden.
- Alternativ sind Übergangswohnformen zeitlich befristet zu ermöglichen, um akut obdachlose Personen über soziale Betreuung in die Lage zu versetzen, in einem Mietverhältnis zurechtzukommen. Diese Übergangswohnformen sind geeignet, über den Wohnaspekt hinaus auch weitere Angebote zur persönlichen Weiterentwicklung anzudocken. In diesem Rahmen sind selbstverwaltete Wohn- und Arbeitsprojekte zu erproben und zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln 3159/2020

Es wird wie gewünscht bzgl. des Wortbeitrages der Seniorenpolitik auf die Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung 1 vom 10.06.2021 verwiesen.

(s. Anlage 1: Auszug aus der Niederschrift der BV 1 zur Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik)

Beschluss in der Fassung des geänderten Beschlusses des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 15.04.2021:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt gemäß § 19 Absatz 1.8 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln die als Anlage 1 vorgelegte Neufassung der „Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln – GOGrSP“.

Änderung/Ergänzung:

§ 6 Absatz 1 „Zusammensetzung“ Punkt 5 lautet in der vorgelegten Beschlussfassung:

5. je ein Mitglied der Fraktionen des Rates der Stadt Köln für die jeweilige Ratsperiode, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Fraktion

Dieser Punkt soll wie folgt geändert werden:

5. je ein von den Fraktionen des Rates der Stadt Köln entsandtes Mitglied für die Dauer der Ratsperiode.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf – Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau 0846/2020

Frau RM Yazicioglu betont als Migrationspolitische Sprecherin, dass der Bedarf an abgetrennten Wohneinheiten natürlich für Geflüchtete in Köln wichtig und groß sei. Mit dem Rückbau werden einige Wohneinheiten nun wegfallen, daher hoffe sie, dass diese Wohneinheiten wieder zur Verfügung gestellt werden. Zudem werde dieser Rückbau hohe Kosten mit sich bringen, die man sich leider nicht leisten könne. Sie bittet darum, dass man dem Änderungsantrag zustimme, denn darin wird festgelegt, dass gebaute Infrastrukturen wie beispielsweise Bodenplatten oder Kanäle beim Rückbau ausgenommen werden.

Frau RM Hoyer bemerkt, dass die FDP-Fraktion beiden Anträgen zustimmen werde. Sie bemerkt, dass der Antrag sowohl 2016 als auch 2019 dem Ausschuss vorgelegen habe und fragt nach, ob man 2019 noch nicht habe sehen können, dass diese Wohneinheiten nicht mehr gebraucht werden.

Herr Ludwig erläutert, dass dies geprüft werde. Zur Frage von Frau Hoyer, bemerkt er, dass in der Hochphase der Flüchtlingszahlen 2015 und 2016 viele Regeln, die in Zusammenhang mit Vergabe gestanden haben, locker gehandhabt wurden, um einfach schnell zu seien.

Diese Unterkunft hier aus dem Jahre 2017 sei die erste Unterkunft, wo man wieder genau das befolgt habe, was Vergaberecht vorsehe. Man habe eine Ausschreibung getätigt in Zusammenarbeit mit dem damaligen Vergabeamt und mit dem Rechtsamt und habe einen Zuschlag erteilt. Leider sei der beauftragte Generalunternehmer in die Insolvenz gegangen. Mit der Insolvenz sei leider ein großer Betrag, den man hier ausgerechnet habe, verloren gewesen. Bei der Nachbesserung habe man die abgeschlossenen Wohneinheiten im Blick gehabt. Man sei aber an dem Zeitrahmen gescheitert, in dem sich so ein Invest amortisiert. Der Bebauungsplan sehe es nicht vor, dauerhaft eine Unterkunft für Geflüchtete dort zu errichten. Mit dieser Aussage, es nur temporär machen zu können, habe man sich entschlossen, die Reißleine zu ziehen.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt über die Vorlage mit dem Änderungsantrag abstimmen.

I. **Abstimmung über den Änderungsantrag**

Beschluss:

Der Beschluss soll wie folgt ergänzt werden:

Ausgenommen von der Zurückversetzung ist die gebaute Infrastruktur (Kanäle, Versorgungsleitungen) sowie Bodenplatten, etc., soweit sie für einen späteren Schulbau nutzbar sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

II. **Abstimmung über die so geänderte Vorlage**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, das Bauvorhaben zur Errichtung einer Geflüchteten-Unterkunft auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf, einzustellen.

Das Grundstück ist in seinen ursprünglichen Zustand zurückzusetzen, sobald es für eine Nachnutzung durch den Schulbereich zwingend in Anspruch genommen werden muss oder die durch Covid-19 bedingten Einschränkungen der Haushaltsbewirtschaftung aufgehoben worden sind.

Änderung / Ergänzung:

Ausgenommen von der Zurückversetzung ist die gebaute Infrastruktur (Kanäle, Versorgungsleitungen) sowie Bodenplatten, etc., soweit sie für einen späteren Schulbau nutzbar sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.2 **Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN** **1105/2021**

Frau RM Yazicioglu bemerkt, dass in beiden Berichten über die Situation der Geflüchteten 31 und 32 eine Liste aufgeführt werde, in der WLAN priorisiert werde. In fünf Standorten sei es nicht möglich, diese mit WLAN auszustatten. Sie fragt, ob es dazu eine Alternative gebe.

Frau RM Glashagen fragt, ob bis zu dem Zeitpunkt, an dem das WLAN ausgebaut werde, auch jetzt schon eine Alternative gebe.

Herr Ludwig antwortet, dass eine Basisversorgung an jedem Standort vorhanden sei. Diese beruhe auf einem politischen Beschluss aus dem Jahre 2015, mit ca. 25 Mbit, was damals Stand der Technik gewesen sei und was man damals als Bedarf für diesen Personenkreis gesehen habe. Damals habe man die heutigen Themen wie Corona und Homeschooling nicht auf der Agenda gehabt. Die vorliegende Vorlage bessere nun dieses nach. Man sei in der Entwicklung vorangeschritten und der Bedarf sei höher. Man möchte von den Standardlösungen weg und man wolle hin zu einem Gbit/s und Glasfaserkabel und dieses in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen. Tatsächlich gebe es fünf Unterkünfte, wie an den Gelenkbogenhallen, Bergisch Gladbacher Strasse 1109, Herman-Heinrich-Gossen-Strasse, Weißdornweg und Winterberger Strasse, wo dieser Invest, welcher sich im niedrigen sechsstelligen Bereich bewege, wirtschaftlich nicht darstellbar sei. In erste Linie, weil diese Unterkünfte in den nächsten Monaten aufgegeben werden. In diesen Unterkünften jetzt noch einmal 100.000 Euro zu investieren, könne keinem Rechnungsprüfungsamt gegenüber argumentiert werden. Alle anderen Unterkünfte werde man überwiegend mit Glasfaseranschlüssen ausstatten. Es werde schwieriger, umso größer die Unterkünfte seien. Es gebe modulare Einheiten, Container der neuesten Generation, die abgeschlossen seien, in denen bis zu 400 Menschen Platz fänden. Bei zeitgleichem Zugriff auf das WLAN werde man auch bei 1 Gbit/s in Schwierigkeiten geraten. Es werde ausgebaut und man strebe einen vernünftigen Standard an und hoffe sehr, dass man mit der Rückkehr zum Präsenzunterricht einen guten Standard in den Standorten gewährleisten könne.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit Breitbanddienst und WLAN in Höhe von 1.666.481 Euro Brutto an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.3 Mehrgenerationen Haus Lindweiler 2021 0733/2021

Herr RM Rudolph bemerkt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage begrüßen werde, um die Finanzierung und auch die weitere Förderung durch den Bund zu sichern. Er fährt fort, dass seit 2012 der Verein in der Bundesförderung drin sei und das Auslaufen der städtischen Co-Finanzierung im Jahr 2020 mit dem Beschluss in 2017 absehbar gewesen sei. Er fragt, warum der Antrag für die Co-Finanzierung bis 2028 erst jetzt eingereicht wurde und warum als Beschlussorgan der Rat zuständig sei, obwohl es sich um eine relativ kleine Summe handele.

Frau Baars antwortet, dass es ein laufendes Geschäft der Verwaltung sei. Dies bedeute, dass der Träger über den Förderzuschuss für seine Einrichtungen integriert 10.000 Euro jährlich erhalte. Dies sei schon seit 2014 der Fall. Man brauche hier keine zusätzlichen Mittel, sondern es sei eine Mitteilung an die Ausschüsse. Es gehe deswegen in den Rat, weil das Bundesprogramm einen Ratsbeschluss haben möchte. Dies sei vorher von der Verwaltung geprüft worden und es sei notwendig.

Herr RM Rudolph bittet um die Beantwortung seiner ersten Frage.

Frau Baars antwortet, dass die Mittel fortwährend laufen. Es sei absehbar gewesen, dass die Mittel von 2017 – 2020 zur Verfügung ständen. Man habe 2020 mit dem Träger Gespräche geführt. Dieser müsse die Anträge zur Sicherung der Weiterführung stellen. Dieses sei auch Laufe des Jahres ge-

schehen, aber dann doch zeitlich etwas nach hinten gerutscht. Von daher sei jetzt die Vorlage fertig gemacht worden. Von seitens des Trägers möchte sie zudem gerne die Politik einladen, bei Interesse vor Ort vorbei zu schauen. Es sei ein hochinteressantes Projekt, welches 2023/2024 fertig gestellt werde.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt die Teilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ an dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus ab 2021 bis 2028.

Weiterhin beschließt der Rat bei einer Teilnahme des Sozialen Zentrums mit dem Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler an dem Bundesprogramm, dass:

- der Träger aus dem Förderzuschuss für die Jugendeinrichtung 10.000 Euro p.a. als kommunalen Beitrag für das Bundesprogramm verwenden darf.
- das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) weiterhin, wie schon von 2014 bis 2020, in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden wird (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014.
- das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden wird.

Begründung für die Dringlichkeit:

Dem Träger soll die kontinuierliche weitere Teilnahme an dem Bundesprojekt ermöglicht werden. Hierfür ist ein umgehender formeller Ratsbeschluss erforderlich.

Eine spätere Beschlussfassung in der ersten regulären Ratssitzung nach der Sommerpause werde die Fortsetzung des Projektes gefährden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.4 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW 1658/2021

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bittet darum, dass man die Vorlage als Mitteilung an alle BVen sende, da sie auch für die Bezirksvertretungen interessant sei.

Herr Ludwig bemerkt, dass er noch Informationen habe, die für die Abstimmungen wichtig seien. Stand heute gehe man davon aus, dass sich der Landtag in der Zeit vom 16. bis 18.06.2021 mit diesem Gesetzesentwurf befassen werde. Man sei vorbereitet für den Fall, dass diese Befassung in dieser Zeit nicht stattfände und das Gesetz zum 01.07.2021 nicht in Kraft treten werde. Man werde dann rechtzeitig die Beschlussvorlage noch vor der Ratssitzung am 24.06.2021 von der Tagesordnung nehmen. Für den Fall, dass der Landtag geändert beschließen werde, werde man diese Änderungen noch in die Beschlussvorlage vor der Ratssitzung einbringen. Darüber werde man rechtzeitig

informieren. Man habe dies sehr im Blick. Wenn das Gesetz in Kraft trete, werde die Vorlage genau passen.

Frau RM Heuser bedankt sich für die Vorlage und das diese so rechtzeitig zur Gesetzänderung vorlege. Das Gesetz werde viele Erleichterungen bringen und man freue sich darüber, wenn die Landesregierung diese Beschlussfassung so oder in ähnlicher Weise vornehme.

Herr RM Detjen betont, dass man dieses nun beschließen müsse, alleine um die Fristen einzuhalten. Eventuelle Änderungen könnten immer noch später einfließen, jetzt gehe es darum, dass man handlungsfähig bliebe.

Herr Ludwig bedankt sich bei der Politik und hebt hervor, dass man die Verwaltung mit den Stellenzusetzungen der letzten beiden Jahre erst in die Lage versetzt habe, so zeitnah reagieren zu können. Er weist darauf hin, dass Köln die einzigen von den sieben Satzungskommunen in Nordrhein-Westfalen sei, die mit Beginn des neuen Gesetzes mit einer neuen Satzung am Start sei. Man begrüße sehr, dass in dem neuen Gesetz die Möglichkeit einer Registrierungspflicht eingeführt werde. Diese Registrierungspflicht werde es in einer digitalen Lösung vom Land federführend in Arbeit für die Satzungskommunen geben und sicherlich nicht mit Beginn des Gesetzes am 01.07.2021 finalisiert seien. Es werde somit eine Übergangsfrist geben. Er betont, dass man die Registrierungsnummer in der Übergangszeit nicht händisch erfassen werde. Dies sei kontraktproduktiv, da es die zugesetzten Stellen binden und die Verwaltung lahm legen werde.

Die von der Verwaltung ausgearbeiteten Satzungsänderungen habe man auch den anderen Satzungskommunen zur Verfügung gestellt und man sei im regen Austausch mit den anderen.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Mit Inkrafttreten des Wohnraumstärkungsgesetzes NRW (WohnStG NRW) zum 01.07.2021 werden Änderungen maßgeblicher Rechtsgrundlagen für den Erlass und die Inhalte kommunaler Satzungen zum Wohnraumschutz wirksam.

Daher beschließt der Rat in Anbetracht des fortbestehenden erhöhten Wohnungsbedarfs in Köln und im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit den Erlass der als Anlage beigefügten Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) mit Gültigkeit vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme 3694/2020

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:
Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung die Maßnahme zur Unterstützung Langzeitarbeitsloser in folgendem Umfang umsetzen kann:

- a) Begleitung der Vollkräfte durch die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) für die Unterstützung der Bürgerämter und der Feuerweherschule (Zeitraum: 01.03.2021-28.02.2023) mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 363.198,13 Euro
- b) Verlängerung von bis zu 18 Arbeitsverträgen nach §16i SGB II Corona bedingt auf fünf Jahre; mittelfristiger Eigenanteil bzw. mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 998.721,67 Euro
- c) Verlängerung der bisherigen 60 Stellen um ein Jahr bis zum 31.12.2025, mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: max. 255.764,49 Euro

Alternativ:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Umsetzung der Maßnahmen nicht.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien **verwiesen**.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6.1 Errichtung von Probe- und Atelierräumen 0432/2021

Frau RM Heuser erläutert, warum man diesen Punkt mit auf die Tagesordnung gesetzt habe. Man habe bemerkt, dass in dieser Vorlage die Hitzelerstrasse und der Fortuinweg als Standorte aufgetaucht seien, die auch im Zugriff des Amtes für Wohnungswesen seien. Man habe ein Interesse, was mit diesen Standorten passiere. Man habe als Änderungsantrag einen Prüfantrag vorliegen. Man möchte, dass diese beiden Standorte aus der Ursprungsvorlage herausgenommen werden, um darüber eine gesonderte Beschlussvorlage zu erstellen, die zwei Alternativen prüfen solle. Einerseits solle die Möglichkeit geprüft werden, dass verfahren werde wie der Vorschlag, der in der Beschlussvorlage stünde und andererseits auch die ursprünglich vorgesehene soziale Nutzung. Man möchte zudem gerne die Gesamtfinanzierung dargelegt bekommen, da man hier unterschiedliche Informationen darüber habe. Der zweite Punkt bezöge sich auf den Fortuinweg und einer Kita in der jetzigen noch vorhandenen Sinti-Siedlung. Hier wisse man gerne, was damit passiere.

Dieser Antrag sei ein Prüfantrag. Auf Wunsch der FDP Fraktion möchte man auch anregen, dass diese Vorlage mit dem Änderungsantrag ohne Votum in den Kunst und Kulturausschuss gesendet werde. Man möchte nur, dass dieser Punkt nicht einfach so vom Kulturausschuss beschlossen werde, ohne darüber nachzudenken, dass es hier um besondere Standorte gehe. Diese Standorte seien wichtig, weil es viele Menschen gebe, die benachteiligt seien und mit Wohnraum versorgt werden müssen. Darüber könne man nicht einfach hinweggehen.

Herr Ludwig weist darauf hin, dass über die Hitzelerstrasse 125, die in der Vorlage nur mit ein oder zwei Sätzen erwähnt werde, nicht der Kunst- und Kulturausschuss über die weitere Vorgehensweise beschließen werde. Man werde mit einem Planungsbeschluss gemeinsam mit dem Kulturamt in die Politik gehen. Der Planungsbeschluss werde sicherlich die Anmerkungen, die Frau Heuser getätigt habe, enthalten. Dies werde auch Gegenstand der Planung sein. Als Hintergrund solle man wissen, dass die Hitzelerstrasse 125 denkmalgeschützt sei, da es ein Vorläufer einer Sendeanstalt des WDRs gewesen sei. Es sei jahrelang eine Unterkunftseinrichtung des Wohnungsamtes gewesen

und man habe diesen aufgrund von erheblichen Sanierungsbedarfes aufgegeben. Man versuche nun mit dem Kulturamt zusammen diese Liegenschaft dem Hauptthema Wohnen wieder zuzuführen. Die Idee sei vom Kulturamt gekommen. Er versichert, dass die Verwaltung eine Vorlage einschließlich eines Planungsbeschlusses mit den aufgeführten Punkten, einbringen werde.

Herr RM Paetzold merkt an, dass die SPD-Fraktion genau diesen Beratungsbedarf auch angemeldet habe. Leider könne er den Änderungsantrag aufgrund der Kurzfristigkeit nicht lesen. Er appelliere an die Politik die Änderungsanträge demnächst früher einzureichen.

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

a) Der Finanzausschuss beschließt die Verteilung der Mittel in Höhe von 1 Millionen Euro auf die Schaffung von Ateliers und Proberäumen, auf Antrag AN/1372/2019 vom 11.10.2019, wie folgt:

Atelierräume	562.000 Euro
Proberäume	438.000 Euro

b) Der Finanzausschuss beschließt die Verteilung der Mittel gemäß der dargelegten Vorhaben, auf Antrag AN/1372/2019 vom 11.10.2019:

- Baronowsky/Lembke GbR, Einrichtung von sieben Produktionsräumen
Summe: 20.000 Euro
- Incroyable Music, Einrichtung zweier Produktionsräume
Summe: 8.000 Euro
- Popkultur Köln e.V., Errichtung von 12 bis 15 Proberäumen
Summe: 210.000 Euro
- Georges Sintcheu, Errichtung von 13 Proberäumen
Summe: 200.000 Euro
- Fortuinweg, Umwandlung einer KiTa in ein Atelierhaus mit sieben Ateliers
Summe: 100.000 Euro

c) Der Finanzausschuss beschließt die sofortige Mittelfreigabe für die folgenden Vorhaben:

- Baronowsky/Lembke GbR, Summe: 20.000 Euro
- Incroyable Music, Summe: 8.000 Euro
- Fortuinweg, Summe: 100.000 Euro

Die Bitte um Freigabe der Mittel für die weiteren Positionen erfolgt separat zu einem späteren Zeitpunkt

d) Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die Sanierung und Umwandlung der denkmalgeschützten städtischen Liegenschaft Hitzelerstraße 125 in eine Künstlerwohnresidenz mit untergeordneten Arbeits-/Atelierzimmern zu prüfen. Ferner wird beschlossen, dass die Summe von 462.000 Euro als Anteil der Kulturförderung an den Gesamtkosten dafür zunächst zurückgehalten wird. Die Maßnahme wird nach Abschluss der Prüfung in einer eigenen Vorlage eingebracht.

**Änderungsantrag zu TOP 6.1 Errichtung von Probe- und Atelierräumen
AN/1152/2021**

Beschluss:

1. Der Beschlusspunkt d) wird aus der vorliegenden Beschlussvorlage gestrichen.
Die Verwaltung wird gebeten, den befassten Gremien eine gesonderte Beschlussvorlage zur Hitzelerstraße 125 vorzulegen. Die Verwaltung prüft dabei die folgenden beiden Alternativen und legt diese zum Beschluss vor:
 - a) Die ursprünglich vorgesehene soziale Nutzung wird umgesetzt (Realisierung öffentlich geförderter Wohnungsbau, um dringend benötigten Wohnraum für einkommensschwache Kölner Bürgerinnen und Bürger mit Wohnberechtigungsschein zu schaffen).
 - b) Wohnraum mit untergeordneter Ateliernutzung für ältere Künstler*innen wird realisiert, sofern möglich. Hierbei soll jedoch angestrebt werden, dass die zukünftigen Bewohnenden einkommensschwache Kölner*innen mit Wohnberechtigungsschein sind.

Die Verwaltung wird beauftragt die Gesamtfinanzierung für den Umbau der Immobilie darzulegen, hierbei sind auch die für eine Reservierung vorgesehenen Mittel aus der Kulturförderung i.H.v. 462.000 Euro in Hinblick auf den ebenfalls zu ertüchtigenden Atelierstandort Volkhovener Weg darzustellen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 15.06.2021 darzulegen, wie die weiteren Planungen des Amt für Wohnungswesen für die Sinti-Siedlung Fortuinweg sind.

Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag AN/1152/2021 werden **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

7 Wohnen

7.1 Aktuelle Entwicklung im Objekt Gummersbacher Str. 25 1232/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

7.2 Kölner Statistische Nachrichten 8/2021 Kölner Wohnungsbau 2020: Starker Anstieg der Baugenehmigungen – weniger Fertigstellungen, aber 5400 Wohnungen im Bau 1808/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

7.3 Geplante Impfungen von untergebrachten Wohnungslosen und Geflüchteten vom Amt für Wohnungswesen 1865/2021

Herr Ludwig berichtet, dass er die Mitteilung gerne mündlich ergänze. Man habe vor zwei Tagen in der Herkulesstrasse zusammen mit vielen Trägern und mit Ärzten der Kassenärztlichen Vereinigung eine Impfstrasse aufgebaut. Insgesamt habe man 255 Geflüchtete aus Unterkünften mit nicht abge-

schlossenen Wohneinheiten impfen können und ca. 15 Wohnungslose, die noch dazugekommen seien. In der Gesamtsumme sei man bei ca. 280 zum Schluss gewesen. Grundsätzlich sei dies ein gutes Ergebnis, allerdings habe man im Vorfeld Einverständniserklärungen bei den Bewohnern zu den Impfungen eingeholt. Man habe feststellen müssen, dass insgesamt 120 Bewohner*innen, die vorab einverstanden gewesen wären, diesen Termin, aus welchen Gründen auch immer nicht wahrgenommen haben. Man habe eine gute Logistik mit Shuttlebussen gehabt, die die Menschen in die Herkulesstrasse gebracht hätten. Leider habe es geregnet und zudem habe es Wartezeiten gegeben, so dass einige dann gegangen seien, ohne sich impfen zu lassen. Dies müsse man aufarbeiten und schauen, wo die Gründe liegen. Man könne aber feststellen, dass es schwierig sei, an gewisse Personengruppen heranzukommen. Es gebe beispielsweise Aussagen, dass man abgeschoben werde, wenn man geimpft sei. Zudem gebe es Familienstrukturen, in der das Familienoberhaupt bestimme, dass sich aus der Familie keiner impfen lasse. Auch Verschwörungstheorien gebe es. Man werde weiter Werbung machen. Es lohne sich bei jedem, den man impfen könne. Abschließend gebe er gerne noch die nächste Impfkation am 08.06.2021 bekannt.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm berichtet, dass der Sprecher der Feuerwehr bei der Impfkation in Kalk gemeint habe, dass auch Obdachlosen und Drogenkonsumente, die nicht einen Wohnort in Kalk vorwiesen, bei den Aktionen unbürokratisch ein Impfangebot bekämen.

Zur Kenntnis genommen.

7.4 Beantwortung der Anfrage zur Auflösung von Sammelunterkünften 1890/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

7.5 Beantwortung zum Wortbeitrag zu TOP 5.1 aus der Sitzung vom 26.04.2021 1769/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

7.6 Fortsetzung des abgestimmten Belegungsmanagements für die geförderten Wohnungen Kölns 1991/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

8 JobCenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln 1721/2021

Frau SE Reisinger fragt, ob ihre Vermutung richtig sei, dass die Zusetzung zum Personalhaushalt aus dem Eingliederungstitel erfolge. Zudem erläutert sie, dass die Fraktion die Linke im Bundestag eine Anfrage eingereicht habe. Dabei sei rausgekommen, dass im Bereich des SGB II im Zeitraum

2010 bis 2020 die Weiterbildungen um 51% gesunken seien. Sie fragt weiter, ob dies für Köln auch zutreffe.

Frau SE Eggeling fragt zum Punkt 5, ob es während des Lockdowns Alternativen zur Identifikationsprüfung Selfie-Ident-Verfahren gebe, wenn keine persönliche Vorsprache möglich sei. Nicht alle Menschen seien technisch versiert oder entsprechend ausgestattet.

Herr SE Feles erkundigt sich nach der Barrierefreiheit auf der Internetseite und fragt nach, ob dieses gewährleistet sei.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bemerkt, dass eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt zahlreiche Rechtskreisübergänge bei Personen hätten stattfinden müssen, die vom SGB III ins SGB II gewechselt haben, da sie leider bereits seit letztem Frühjahr arbeitslos seien. Er entdecke aber keine Veränderung in den Graphen und fragt nach, ob es hierzu eine Erklärung gebe.

Frau Würker äußert zum Personalhaushalt, dass dieser grundsätzlich aus dem Verwaltungsbudget finanziert werde. Wenn dieser nicht ausreiche, bestehe die Möglichkeit, dass eine Umschichtung aus dem Eingliederungstitel erfolge, welches von der Trägerversammlung des Jobcenters begleitet werde. Dies sei in den vergangenen Jahren immer üblich gewesen. Man werde es sich sicherlich anders wünschen, aber die Verwaltungsbudgets seien noch nie ausreichend ausgestattet gewesen. Das Jobcenter Köln habe nicht nur aktuell, sondern über Jahre für den Integrationsbereich vergleichbar extrem wenig personelle Ausstattung und man gehe davon aus, dass man damit eine bessere Dienstleistung erbringen könne. Zum Thema Weiterbildung, fährt sie fort, habe man besonders im Jahr 2020 einen deutlichen Rückgang in der Zeit der Beginn der Pandemie gehabt. Man habe sich erstmal darauf konzentriert, die Menschen mit Leistungen zu versorgen. In diesen zwei bis drei Monaten habe man so einen deutlichen Rückgang im Bereich der Förderung gehabt. Dies habe auch damit zu tun gehabt, dass die entsprechenden Angebote nicht zur Verfügung gestanden hätten. Im Moment habe man gegenüber den Vorjahren vor der Pandemie, also 2019, auch einen Rückgang. Allerdings seien dies in Köln beispielsweise Förderungen der beruflichen Weiterbildung, in der es um eine Abschlussorientierte Qualifizierung gehe, je nach Monatsbetrachtung zwischen 20 und 22%. Viele Träger seien bereit gewesen, Angebote digital anzubieten. Zudem habe man Lösungen gefunden, dass Kunden*innen, die keine digitalen Endgeräte zu Hause habe, für die Qualifizierung von dem Träger etwas mitnehmen können. Man habe im letzten Jahr auch niemand verpflichtet, in die Qualifizierung zu gehen. Es sei auch für die Kunden*innen eine große Umstellung gewesen, nun alleine zu Hause zu lernen.

Zur Frage Selfie-Ident-Verfahren, macht Frau Würker darauf aufmerksam, dass jeder, der beispielsweise Aldi Talk nutze, hier auch bereits ein Selfie-Ident-Verfahren mache. Dies müsse man sich auch bewusst machen. Wenn jemand dieses Verfahren beim Antrag zum SGB II nicht nutzen möchte oder könne, werde die Identifizierung bei der ersten möglichen persönlichen Begegnung nachgeholt, so wie es das Gesetz vorsehe. Beim Antrag für das Arbeitslosengeld I sei dies anders, hier müsse man sich sofort identifizieren. Deswegen sei hier wesentlich schneller die App-Entwicklung zum Selfie-Ident-Verfahren vorangetrieben worden.

Auf die Frage zur Barrierefreiheit erklärt Frau Würker, dass man auf der neuen Internetseite, die im November gelauncht wurde, sehr darauf geachtet habe und dies gewährleistet sei. Man habe auch bei der Beschreibung des Selfie-Ident-Verfahren darauf geachtet, diese barrierefrei zu gestalten. In manchen Bereichen sei dies schwierig, aber man arbeite sehr daran.

Abschließend äußert sie zu den Rechtskreisübergängen, dass 450 im ersten Quartal nicht wenig seien. Dies seien 450 Neukunden, die zusätzlich zu den normalen Kunden kämen. Man habe sonst pro Monat zwischen 380 und 420 Übertritte und nun werden die 450 noch on top kommen. Hier habe es eine Verschiebung aufgrund der Verlängerung der Arbeitslosigkeit gegeben. Zudem habe man deutlich mehr Menschen, die in Kurzarbeit seien und parallel Leistungen nach SGB II bezögen. Die-

se Personen seien weiterhin in ihren Unternehmen beschäftigt, aber kämen mit dem Kurzarbeitergeld nicht hin und bezögen somit ergänzende Leistung nach SGB II.

Frau SE Reisinger fragt noch einmal nach dem Rückgang der Weiterbildung von 2010 – 2020, gerne auch bis 2019. 2020 sei ja schon ein besonders Jahr gewesen.

Frau Würker erläutert, dass sie dies nicht auswendig wisse, wenn man dies überhaupt vergleichen könne, da man die Weiterbildung in 2010 nicht mit der Weiterbildung, die heute angeboten werde, vergleichen könne. Sie merkt an, dass sie nachschauen werde, welche Anfrage es gewesen sei, welche Antwort die Bundesregierung hier gemacht habe und welche Datenlage vorlege und werde die Antwort dann nachreichen.

Antwort des Jobcenter:

Im Jahr 2010 haben 2.532 SGB II-Kunden*innen an einer Förderung der beruflichen Weiterbildung teilgenommen, im Jahr 2019 waren es 2.434. Der Anteil hat sich somit um knapp 3,9 % verringert.

Zur Kenntnis genommen.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 0980/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

9.2 1. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1750/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

9.3 32. Bericht zur Situation Geflüchteter 1921/2021

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln AN/0666/2021

Durch Beantwortung **erledigt**.

**Beantwortung der Anfrage AN/0666/2021: Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
1359/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.2 Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses zur Einrichtung eines Runden Tisches Pflege
AN/0734/2021**

Beantwortung steht noch aus.

10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**10.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke: Beteiligung der Wohlfahrtsverbände an der Erstellung des Lebenslagenberichts
AN/1007/2021**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN/1007/2021 zum Lebenslagenbericht
1863/2021**

Zur Kenntnis genommen.

11 Mündliche Anfragen

**11.1 Beantwortung: Nachfrage aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 15.04.2021 zu TOP 5.2 Neubau öffentlich geförderter Wohnraum Porz, Deutzer Weg
1672/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.2 Beantwortung: Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.01.2021 zu TOP 7.5 Bericht "Wohnen in Köln" Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2019, Ausblick 2020 (2821/2020)
1933/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 11.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 14.16 „Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)" vom 15. April 2021
1903/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 11.4 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum 31. Bericht zur Situation Geflüchteter bzgl. psychischer Erkrankungen
1699/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 11.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Häusliche Gewalt in der Corona-Krise
2002/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 11.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des sachkundigen Einwohners Paul Intveen in der Sitzung des Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 15.4.2021 zu TOP 5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“, hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1976/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 11.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sachstand Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren**

Aufgrund der anhaltenden Pandemie werden mündliche Anfragen in der Sitzung schriftlich in der Niederschrift beantwortet:

Mündliche Anfrage in der Sitzung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 27.05.2021

Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren: Hier Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses im Ausschuss Soziales und Senioren am 28.05.2020 (AN/0694/2020)

Folgende Anfrage der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt-liegt vor:

Nachdem die Landesregierung NRW 2020 die landesweit 73 Erwerbslosenberatungsstellen (EBS) und 79 Arbeitslosenzentren (ALZ) in eine neue Struktur „Beratungsnetzwerk Arbeit“ zusammengefasst und die Förderung von einem zusätzlichen Arbeitsauftrag „Arbeitsausbeutung und prekäre Beschäftigung“ abhängig gemacht hat, sind die EBS zu sog. "Beratungsstellen Arbeit" geworden. Die ALZ werden nicht mehr gefördert.

Mit dem o.g. Beschluss und der Vorlage 3244/2020 wurden die Kölner Beratungsstrukturen zunächst für das Jahr 2021 gesichert. Die weitere Sicherung darüber hinaus sollte in gemeinsamen Gesprächen mit den Trägern entwickelt werden.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

Haben bereits Gespräche zwischen Verwaltung und den Trägern stattgefunden? Wenn ja mit welchen Ergebnissen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort der Verwaltung:

Die Finanzierung der bestehenden Beratungsstruktur steht durch den o.g. Beschluss des Rates in der Sitzung am 04.02.2021 für das Haushaltsjahr 2021 fest.

Die inhaltliche Ausgestaltung des zukünftigen Beratungsangebotes ab den Jahren 2022 ff. steht und fällt mit dem Umfang des finanziellen Volumens dieser freiwilligen Aufgabe der Stadt Köln. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob neben der niederschweligen Beratung der bisherigen Arbeitslosenzentren auch noch weiterhin Beratungsleistungen der bisherigen Erwerbslosenberatungsstellen aus kommunalen Mitteln finanziert werden können. Dies war für das Haushaltsjahr 2021 nur möglich, da ein Mehrbedarf in Höhe von 159.350 Euro als überplanmäßig zahlungswirksamer Aufwand bereitgestellt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, unter der Bezeichnung „Z Kommunales Beschäftigungsprogramm“. Diese Deckung beruht auf der Prognose, dass aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie Maßnahmen im Kommunalen Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit (KomProArbeit) auch in 2021 nicht wie geplant umgesetzt werden können. Die hier genannte Summe entspricht den Wenigeraufwendungen für KomProArbeit in 2020.

Diese Möglichkeit besteht jedoch für die Haushaltsjahre 2022 ff. nicht. Trotz des eindeutigen politischen Willens zur Erhaltung der Beratungsstrukturen steht auch zurzeit noch nicht endgültig fest, welche Haushaltsmittel zur Finanzierung bereitstehen. Die dezernatsübergreifende Abstimmung zur Haushaltsplanung Ende Mai hat ergeben, dass für die Förderung der Erwerbslosenberatung entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung 126.000 Euro zur Verfügung stehen werden.

Parallel entwickelt die Verwaltung ein Förderprogramm zur Thematik, dessen Grundzüge bereits mit den Trägern, die eine institutionelle Förderung u.a. zur Steuerung des Beratungsnetzwerks erhalten, in einer Videokonferenz am 07.05.2021 besprochen wurden.

Der Entwurf des Förderprogramms soll noch Ende Juni/Anfang Juli mit allen im Netzwerk tätigen Trägern beraten werden. Die Beschlussfassung zum Förderprogramm ist in einer Ratssitzung im 4. Quartal 2021 vorgesehen.

12 Mitteilungen

12.1 Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) 0946/2021

Herr Dr. Engels fasst kurz einige Ergebnisse des Pflegeberichtes zusammen. In diesem Bericht habe man zunächst die demografische Analyse durchgeführt. Beispielsweise sei gefragt worden, wie viele Pflegebedürftige es gebe.

2019 seien es 48.800 in Köln gewesen. Diese Zahl werde sich bis zum Jahr 2040 um 21 % auf 58.900 Personen steigern. Zurzeit seien es 4,5% der Bevölkerung und man erwarte einen Anstieg.

Zweitens habe man geschaut, welche Angebote es für diesen Personenkreis gebe. Es gebe eine ganze Reihe von unterschiedlichen Angeboten, wie beispielsweise 94 vollstationäre Einrichtungen mit knapp 8.000 Plätzen, 22 Tagespflegeeinrichtungen mit über 300 Plätzen, 5 Einrichtungen für die Kurzzeitpflege mit 72 Plätzen. Darüber hinaus sei das Wohnangebot wie Servicewohnen analysiert worden. Hier gebe es 50 Häuser mit 4.200 Wohnungen. Bei den ambulanten Diensten gebe es 156 Pflegedienste mit 4.100 Mitarbeitern.

Drittens sei in einer Bedarfsanalyse gefragt worden, ob diese vorhandenen Angebote gut ausgebaut seien oder wo weiterer Bedarf vorhanden sei. Dies sei zunächst statistisch verglichen worden. Die Plätze habe man auf 400 Ältere ab 80 Jahren bezogen. Das hieße nicht, dass es keine jüngere Pflegebedürftige gebe, sondern es sei nur ein rechnerischer Vergleichsmaßstab. Dann könne man auch die Versorgungssituation in den Stadtbezirken miteinander vergleichen. Dies wäre anhand der Pflegestatistik sonst nicht möglich, da es hier nur Zahlen für die Stadt insgesamt gebe.

Herr Dr. Engels berichtet, dass im Vollstationären Bereich mit 13,1 Plätzen je 100 Ältere die Versorgungsdichte deutlich schlechter sei als im Landesdurchschnitt mit 15,9 und im Bundesdurchschnitt mit 17,0 Plätzen. Beim Servicewohnen dagegen sehe es in Köln ganz gut aus, da habe man zwar keine Landes- und Bundesvergleiche, aber im Vergleich zu umliegenden Landkreisen habe Köln 7,1 Wohnungen je 100 Ältere. Dies sei besser, als beispielsweise im Rhein-Erft Kreis mit 5,5. Der Kreis Düren stände noch schlechter dar. Im Bereich Tagespflege sehe es wieder schlechter aus, mit den etwa gut 300 Plätzen käme man auf eine Versorgungsdichte von 0,6 Plätzen je 100 Ältere. Das sei halb so viel wie im Landesdurchschnitt mit 1,2 oder im Bundesdurchschnitt mit 1,3. Bei den ambulanten Diensten mit 6,9 Mitarbeiter*innen je 100 Ältere seien auch weniger als im Landesdurchschnitt mit 7,5 und im Bundesdurchschnitt mit 7,6 beschäftigt. Ganz besonders bei der Kurzzeitpflege, mit 72 Plätzen, sei das Angebot völlig unzureichend. Dies läge nach Auskunft der Anbieter daran, dass dieses Angebot wirtschaftlich sehr schwer umzusetzen sei. Dazu gebe es im Bericht einige Kommentare vom Institut, wo man ansetzen könne. Man habe anhand der demografischen Entwicklung abgeschätzt, wieviel Plätze bzw. Kapazitäten man bräuchte, um die aktuelle Versorgungsdichte im Jahr 2040 aufrechterhalten zu können. Da sei einiges erforderlich.

Im zweiten Schritt habe man dann gesagt, wenn man nicht davon ausgehe, dass das aktuelle Versorgungsangebot optimal sei, sondern in einigen Bereichen besser sein müsse, dann käme man in der Regel auf deutlich höhere Zusatzbedarfe bis zum Jahr 2040. Dies sei im Bericht dargestellt worden, ebenso auch die Situation in den einzelnen Stadtbezirken. Herr Dr. Engels führt an, dass er nur einen Ausschnitt erwähnt habe, im Bericht werde man noch weitere finden, auch aus dem Bereich der Gesundheitsversorgung. Man habe im Zusammenhang mit dem Pflegebericht zwei Workshops durchgeführt, um besonders brisante Fragen zu bearbeiten. Eine brisante Frage sei, inwieweit Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Stadt auch einbezogen seien und Angebote der Pflege und Pflegeberatung in Anspruch nehmen werden. Da sei eine deutliche Lücke festzustellen. Ein weiterer kritischer Punkt sei der Fachkräftemangel, der auch jetzt schon eklatant sei und in Zukunft noch größer werde. Auch hier sei es wichtig verschiedene Ansatzpunkte zu finden, an denen dies weiterentwickelt werden könne.

Am Schluss des Berichtes, erläutert er, sei eine Empfehlung zusammengefasst worden.

Frau RM Heuser geht auf den Punkt interkulturelle Aufstellung des Pflegesystems ein und erklärt, dass dieser zunehmend wichtig sei, da die erste Generation der Einwanderer*innen jetzt vermehrt im dem Alter sei, pflegebedürftig zu werden und versorgt werden zu müssen. Es sei wichtig, dass hier noch einmal der Schwerpunkt darauf gelegt werden solle, wenn der nächste Bericht anstehe. Sie fragt, ob dies vorgesehen sei.

Herr RM Paetzold bedankt sich für den sehr informativen Bericht und erläutert, dass er für den Stadtteil Kalk, in dem er lebe und arbeitete und somit häufig mit ambulanten Kliniken zu tun habe, es

als zunehmend schwerer empfände, jemanden in ambulante Pflege zu bekommen. Wenn er im Bericht lese, dass selbst bei einem optimierten Zielwert, den man ausgerechnet habe, es ausreichend sei, wenn 18 Pflegedienste oder 18 Pflegenden im Stadtbezirk Kalk eingesetzt werden, könne er sich dies nicht vorstellen, da es bereits heute schon nicht ausreichend sei. Er fragt nach, wie die Zahlen erhoben worden seien.

Herr SE Gruner bemerkt, dass der Bericht ausweisen werde, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe. Egal wo man hinschauen, ob es die Kurzzeitpflege, die ambulante oder auch die stationäre Pflege sei, lege Köln unter dem Bundes- oder Landesdurchschnitt. Wenn er höre, dass man bis 2040 noch fast 5.000 stationäre Pflegeplätze benötige, um den derzeitigen Versorgungsstand der Pflegedichte auf der Landesebene zu erreichen, dann frage er sich, wie dies passieren solle, da die demografische Entwicklung dieses Problem noch verstärken werde. Vor diesem Hintergrund frage er sich, wie die aufgeführten Defizite zeitnah ausgeglichen werden sollten. Man wisse bereits, dass die Planung und der Bau eines Pflegeheimes mindestens sieben Jahren benötigen. Er fragt sich, wie dieses angegangen werden solle. Zudem gebe es einen bestehenden Ratsbeschluss, indem beschlossen wurde, dass Grundstücke für Pflegeheime vorgesehen werden sollten.

Herr Dr. Engels antwortet auf die erste Frage zu interkulturellen Pflegeangeboten, dass diese zunehmend wichtiger werden, da man allein anhand der demografischen Entwicklung sehen könne, wie der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen werde. Man habe vorgesehen, dass im kommenden Jahr und in der Fortschreibung der Pflegeplanung dieser thematische Schwerpunkt weiter im Blick behalten werde.

Auf die zweite Frage erklärt er, dass im Bereich der ambulanten Dienste man diesen Bedarf eingeschätzt habe. Man habe die Versorgungskapazitäten in Relation zur älteren Bevölkerung gesetzt und habe dann statistisch dies mit anderen Versorgungszahlen verglichen. Man werde hier empfehlen, dies an den Landesdurchschnitt anzugleichen. Dieser Prozess bedeute ja schon für 2040, dass über 1.500 weitere ambulante Mitarbeiter*innen erforderlich seien. Dies sei schon ein erheblicher Kraftakt, um dieses in Angriff zu nehmen. Man habe auch mit Experten abgestimmt, wo bestimmte Defizite besonders markant seien. Es könne so auch sein, dass man statistisch im Vergleich zum Land ganz gut da stünde, aber alle Experten sich einig seien, dass es katastrophal sei. Dies sei regelmäßig bei der Kurzzeitpflege der Fall, wo die wirklich planbaren eigenständigen solitären Kurzzeitpflegeplätze fehlten. Bei dieser Einschätzung seien Experten*innen mit einbezogen worden.

Zur dritten Frage, wie man bzgl. der aufgezeigten Defizite im pflegerischen Bereich vorgehen möchte, erläutert er, dass man diese auch mit einer gewissen Schonungslosigkeit aufgezeigt habe. Dies werde wahrscheinlich so nicht machbar sein, aber man müsse sich darüber auch im Klaren werden, dass die jetzt schon prekäre Versorgungslage noch enger und schwieriger werde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bestätigt die Aussage von Herrn Grunert, dass man mehr Grundstücke und Pflegeheime benötigen werde. Man müsse sich im Klaren sein, dass die Zukunft der Pflege bei der demografischen Entwicklung nicht über massiven Ausbau der stationären Pflege realisiert werden könne. Sondern man müsse und dies sei auch der weltweit und in Deutschland politisch beschlossener Trend, ambulant vor stationär, eine Vielfalt von Versorgungsformen entwickeln. Dazu habe er das Projekt Zukunft Pflege im Amt für Soziales, Arbeit und Senioren ins Leben gerufen, wo verschiedene Aspekte dieser Pflegezukunft angeschaut werden. Es sei eine große Aufgabe, die man gemeinsam gestalten müsse. Mehr Grundstücke und der Ausbau der Pflegeheime werden als Lösung alleine nicht ausreichen. Dieses Thema werde man noch in verschiedenen Foren weiter bearbeiten müssen.

Frau Dr. Robinson bemerkt, dass es nicht darum gehe, was die Verwaltung und die Politik im Einzelnen tun können, sondern was man gemeinsam tun könne. Man müsse viele Lösungen miteinander gestalten, weil es nur so gelingen könne, das dramatische Bild abzufedern. Sie schließe sich der

Meinung von Herrn Paetzold an, dass auch der Status Quo nicht zufriedenstellend sei. Aber selbst die Erhaltung des Status Quo stelle schon eine Herausforderung dar. Es sei wichtig, dass das Thema gesamtstädtisch aufgegriffen werde und man mit der gesamten Stadtgesellschaft sozialraumorientierte Lösungen finde. Ein Problem sei der Fachkräftemangel. Diesen könne man nicht ganz alleine lösen. Als Stadt sei es hier wichtig zu schauen, wie Fachkräfte entlastet werden können. Man habe immer noch viele Teilzeitkräfte in der Pflege. Hier sei die Stadt z.B. mit dem KITA-Bau auf einem guten Weg, den man sich auch zur Ausweitung stationärer Pflege anschau, um von der guten Arbeit des Jugendamtes zu lernen. Auch Pflegekräfte aus dem Ausland und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sei ein wichtiges Anliegen, an dem man zusammen mit Bund, Land, BA und der Zentralen Auslandsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (BA) arbeite. Hier organisiere die Kölner Arbeitsmarktförderung in Kooperation mit den Lernenden Regionen Expert*innenworkshops mit Jobcenter, BA, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), den Kliniken und vielen zentralen Kölner Akteuren*innen. Es sei wichtig, den ambulanten Sektor massiv zu stärken. Auch die an sich wieder stationäre Kurzzeit- und die Tagespflege seien hierbei wichtige Aspekte, um den ambulanten Sektor zu stabilisieren und gerade dort, wo Familien noch pflegen, diese zu unterstützen. Wenn die Kurzzeit- und Tagespflege nicht priorisiert werde, werde dort noch mehr wegbrechen und noch mehr Druck ins System kommen. Dies sei auch eine Erfahrung, die man in der Zeit von Corona, gemacht habe. Auch im baulichen Bereich gebe es ein buntes und vielfältiges Potpourri, wie beispielsweise trägerverantwortete Wohngemeinschaften oder das Mehrgenerationswohnen. Es gebe jedoch im Gegensatz zum KITA-Bereich keinen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz, nur die gesetzliche Pflicht der Stadt Köln diese vorzuhalten. Man plane nun einen Runden Tisch mit Expert*innen, um das Thema aufzuwerten und in der Stadt positiv zu verankern.

Frau RM Hoyer lenkt noch einmal die Aufmerksamkeit auf die pflegenden Angehörigen und bestätigt, dass dies eine große Unterstützung im Bereich der Pflege sei. Sie betont, dass die Situation stadt-, landes- und bundesweit schlecht sei, somit sei der Vergleich nicht immer optimal. Wenn das Ziel bundesweit erreicht sei, könne es in der Stadt trotzdem nicht ausreichend seien.

Frau SE Volland-Dörmann berichtet, dass die freie Wohlfahrtspflege auch an dem Prozess der Entstehung des Bericht teilbeteiligt gewesen sei und dazu auch eine Stellungnahme abgegeben habe. Sie konzentriere sich nun auf die Handlungsempfehlung, die man am Ende des Berichtes finde. Es sei wichtig zu sehen, wo Handlungsbedarf sei und wo ein Erkenntnisdefizit sei. Man müsse nun schauen, wie man relativ schnell zu einem guten Mix an Angebotsstrukturen komme. Hier gebe es verschiedene Restriktionen und Ausgangslagen, die aus der Sicht der freien Wohlfahrtspflege viel offensiver genutzt werden können. Man habe viele Bausteine in Köln, die man nun mit relativ einfachen Mitteln stärken könne, wie z.B. präventive Hausbesuche oder haushaltsnahe Dienstleistungen, um Menschen zu begleiten, damit sie so lange wie möglich in Ihren häuslichen Umfeld bleiben können. Dies habe eine hohe soziale, aber auch eine hohe wirtschaftliche Komponente.

Hier könne man gemeinsam deutlich besser und schneller werden.

Auch in den Bereichen der Kurzzeit-, Tages- oder ambulante Pflege gebe es viele Angebotsstrukturen, die man umsetzen könne. Man könne in Köln den Fachkräftemangel nur bedingt lösen, hier müsse man an verschiedenen Stellschrauben drehen. Es gebe in der Pflege einige Hemmnisse, die aus der Sicht der freien Wohlfahrtspflege, gesetzlich geregelt werden müssten. Das tangiere sowohl landesgesetzliche Regeln, wie auch die Refinanzierung von Kurzzeit-, Tagespflege und stationärer Pflege. Dies richte sich sowohl an den Bund, als auch an die Kommune. Es gebe niederschwellige Angeboten, wie beispielsweise die Pflege-Wohngemeinschaften, bei denen sich eine Kommune engagieren könne. Es gebe ein Füllhorn an Möglichkeiten, man neige aber dazu, zu schauen nur dort hin zu schauen, wo man sehr schnell ins Handeln komme.

Man wünsche sich sicherlich gemeinsam, dass die stationäre Pflege die letzte Instanz sei. Sie blicke aber auch auf die Entwicklung und wenn man sich den Lebenslagen- und auch den Pflegebericht

anschau und die hohe Anzahl der Singlehaushalte in Köln, sehe sie die unterstützende Nachbarschaftshilfe und die familiäre Bezüge nur begrenzt. Es werde aber auch viele Menschen einfach überfordern. Das bedeute, dass man bei stationären Pflegeeinrichtungen enormen Handlungsbedarf habe. Sie möchte an dieser Stelle Herrn Grunert widersprechen. Freie Träger seien auch in der Lage stationäre Pflegeeinrichtungen schneller an den Markt zu bringen. Es sei nun auch der Auftrag der Politik in Köln, Grundstücke auszuweisen und Grundstücke dafür zu reservieren. Diese Grundstücke müssten dann zielgerichtet an Anbieter gebracht werden, so dass sie refinanzierbar seien. Dies müsste politisch über die Stadtentwicklung, Flächenbewirtschaftung und Liegenschaften sichergestellt werden. Sie wünsche sich im Gesamtkontext der Entwicklung der Systeme in dieser Stadt eine stärkere Beteiligung der freien Wohlfahrtspflege. Es sei im Zuge des Konzeptes zur Dezernatsaufstellung aufgefallen, dass man bereits in der Vergangenheit mit der Verwaltung sehr gut Konzepte entwickelt und an den Start gebracht habe, immer im Interesse der Menschen in dieser Stadt. Hier gebe es noch Potenzial.

Herr SE Krücker schließt sich der Aussage von Frau Volland-Dörrmann an und erläutert, dass er sehr froh sei, dass die bestehenden Erkenntnisse der freien Träger mit dem Bericht noch einmal objektiviert werden. Es gebe tatsächlich in allen Angebotsformen einen eklatanten Bedarf und er gehe auch davon aus, dass der Kölner Bedarf noch höher sei als der im Landes- oder Bundesdurchschnitt, da Großstädte in der Regel tatsächlich in diesen Angeboten in pflegerischen Situationen einen erhöhten Bedarf ausweisen gegenüber eher ländlichen Gegenden. Aus seiner Sicht sei es absolut erforderlich, ein kommunales Handlungsprogramm für die pflegerische Versorgung in Köln relativ kurzfristig zu erstellen. Er bestätige auch, dass die Anbieterseite eine hohe Bereitschaft habe, daran mitzuwirken.

Nach den gesetzlichen Vorgaben, sei der nächste Pflegebericht zum 31.12.2021 fällig. Er werde sich sehr freuen, wenn zu diesem Zeitpunkt auch ein kommunales Handlungsprogramm vorliegen werde. Jenseits der kommunalen Möglichkeiten sei es auch wichtig, dass die Kommunal- und die Landespolitik sich sehr engagiert dafür einsetze, dass man verbesserte Rahmenbedingungen für alle Angebotsformen auch auf Bundes- und Landesebene etabliere. Man habe zum Teil sehr viele Restriktionen, pflegerische Angebote zu entwickeln und an den Markt zu bringen. Hier würde es deutlich helfen, wenn Rahmenbedingungen vom Bund und vom Land verbessert werden.

Frau SE Wehrmann erläutert, dass bereits ein wichtiger Punkt angesprochen worden sei und zwar, dass zu wenig Menschen im Pflegeberuf tätig seien. Hier müsse man sich Gedanken machen, zu den Gehältern der Pflegekräfte. Hier sehe sie das Problem weniger im Bruttolohn, sondern in den Abzügen im steuerlichen und sozialen Bereich, was dazu führe, dass Menschen in Pflegeberufen netto sehr wenig herausbekämen. Der Pflegeberuf sei schon alleine durch die Gestaltung der steuer- und sozialpflichtigen Abzüge für viele Leute, die gerne in der Pflege arbeiten werden oder auch können, nicht attraktiv.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bemerkt, dass dies hier nicht gelöst werden könne und fragt ob es noch Punkte gebe, die städtisch zu lösen seien.

Frau SE Wehrmann fährt fort, dass das zweite Problem sei, dass viel zu viele junge Menschen dazu verführt werden, das Abitur zu machen und dass denen das Abitur nachgeschmissen werden.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bemerkt, dass dies Thema der Bildungspolitik sei.

Frau RM Glashagen bedankt sich, dass im Bericht viel Wert den Pflegekräften entgegen gebracht worden sei. Sie fragt an, ob bei der zukünftigen Planung der Pflegeeinrichtungen nicht auch angebundene Kitas mit geplant werden könnten. Sie komme selbst aus der Pflege und habe bei der Suche nach Pflegekräften feststellen müssen, dass gerade die Kinderbetreuung ein problematisches Thema sei. Es werden zudem Kinderbetreuungen benötigt, die sowohl tagsüber als auch nachts,

also 24 Stunden, zur Verfügung ständen und im besten Fall direkt am Haus. Dies sei nachweislich von Vorteil.

Herr Beigeordneter Dr. Rau fasst zusammen, dass er den Pflegebericht als wichtige Grundlage für die weitere Planung sehe. Vieles sei nicht überraschend, sondern bestätige die Einschätzung und zeige die Dringlichkeit des Handlungsbedarfes in verschiedenen Dimensionen. Er erkenne auch, dass das Projekt Zukunft Pflege mit der Dreiteilung richtig aufgestellt sei: erstens Personal, zweitens Immobilien und drittens Innovationen. Hier müsse man nun richtig Gas geben. Die Lösungen werden vielschichtig sein, die Konzentration auf Grundstücke und neue Heime werde nicht ausreichend sein. Die Dringlichkeit und auch die Komplexität seien allen bewusst und man nehme es als Auftrag mit. Die Verwaltung nehme das Angebot der freien Wohlfahrtspflege gerne an, gemeinsam mit Nachdruck weiter loszulegen und auch die nächsten Pflegeberichte als Berichte über das Weiterkommen zu verwenden. Das sei das, was gebraucht werde. Man benötige ein Ziel und immer wieder einen Statusbericht, wo man gerade stehe und dafür dienen die Pflegeberichte.

Herr Dr. Engels äußert, dass viele Punkte, die genannt worden seien, er als Bestätigung der Arbeit gesehen habe. Einen Punkt möchte er noch einmal kommentieren: der Vergleich auf Landes- und Bundesebene sei nur ein erster Schritt. Damit sei nicht impliziert, dass das ein Kriterium für eine gute Versorgung sei. Besonders im Bereich der Kurzzeitpflege habe man auch deutlich gemacht, dass der Landes- und Bundesdurchschnitt nicht ausreichend sei. Hier müsse man über die Orientierungswerte herausgehen.

Zur Kenntnis genommen.

12.2 Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021 1347/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in die nächste Sitzung am 26.08.2021 **geschoben**.

12.3 Sachstandsbericht Starke Veedel – Starkes Köln 1205/2021

Zur Kenntnis genommen.

12.4 Kooperatives Baulandmodell Köln 3. Sachstandsbericht Kooperatives Baulandmodell mit Stand 31.12.2020 1229/2021

Zur Kenntnis genommen.

12.5 Kölner Statistische Nachrichte Kurzinformation Bevölkerungszahlen 1024/2021

Zur Kenntnis genommen.

12.6 Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: „Erste Bilanz – 1 Jahr 3. Reformstufe BTHG“ 1904/2021

Zur Kenntnis genommen.

12.7 Arbeitsmarkt Köln - Corona-Krise: Rückblick 2020, bisherige Entwicklung und Ausblick 2021
1718/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in die nächste Sitzung am 26.08.2021 **geschoben**.

12.8 Kölner Statistische Nachrichten 4/2021
1895/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in die nächste Sitzung am 26.08.2021 **geschoben**.

12.9 Masterplan Dezernat V
0190/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in die nächste Sitzung am 26.08.2021 **geschoben**.

gez. Daniel Bauer-Dahm
Vorsitzender

Gez. Alexandra Rieckborn
Schriftführerin